

# Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Juli/August 2009

59. Jahrgang, Nr. 681/682

## Professionalisierung der Kommunikationsprozesse

*VOS-Pressesprecher Ronald Lässig über Möglichkeiten, die VOS durch die Nutzung moderner Medien in der Öffentlichkeit besser zu präsentieren*

In den letzten Monaten ist es gelungen, die Marke „VOS“ vielfach in den Medien zu platzieren. Wir haben uns öffentlich zu Wort gemeldet, so zu den Stasi-Mitarbeitern im LKA Brandenburg, im Bundeskriminalamt und im öffentlichen Dienst Ostdeutschlands. Bundesweit waren wir in rund 40 Zeitungen vertreten, darunter Focus, Süddeutsche Zeitung und Bild. Sogar in ausländischen Medien fanden wir Beachtung, beispielsweise in der in Paris erscheinenden Le Monde oder der Neuen Züricher Zeitung. Viele dieser Artikel sind auch im Internet abrufbar.

Doch nicht nur die Printmedien konnten wir mobilisieren. Die ZDF-Sendung „heute“ und „Spätblick“, die Fernsehnachrichten des ORF Wien, berichteten ebenso.

Nur wenige Wochen später entdeckte unser Berliner Landesvorsitzende Mario Röllig bei der Verfilmung des Theaterstückes „Staats-Sicherheiten“, dass mehrere personenbezogene Unterlagen als Requisiten offenbar in der Öffentlichkeit kursieren. Unser externes Kommunikationsverhalten führte dazu, dass in den Printmedien, wie dem Berliner Tagesspiegel und der Berliner Zeitung, über den Datenschutz und die VOS berichtet wurde. Die 3sat-Fernsehsendung „Kulturzeit“ und die „Abendschau“ des RBB-Fernse-

hens griffen das Thema in längeren Filmberichten auf. Hörfunksender, wie Main-FM und RBB interviewten Vertreter der VOS.



Gerade in diesem Jahr, dem 20. Jahrestag des Mauerfalls, können und müssen wir gezielt Akzente setzen, auch in Richtung der politischen Entscheidungsträger. So haben wir kürzlich alle Bundestagsabgeordneten mittels persönlichen Briefs aufgefordert, sich für Verbesserungen bei der Opferrente einzusetzen. Die Sechs-Monatsfrist muss fallen, die Bedürftigkeitsprüfung ebenso.

Durch den Aufbau und die Intensivierung der Netzwerke zu Bundes- und Landespolitikern bemühen wir uns gegenwärtig darum, dass die VOS wieder vom Bund gefördert wird, wie es bereits bis 1999 der Fall war. Dies ist er-

forderlich, um unsere Verbandsarbeit zu professionalisieren.

In einer zunehmend mediatisierten Welt wird es künftig auch verstärkt nötig sein, neue, moderne Kommunikationswege gezielt zu nutzen. Hierbei kommt dem Internet eine große Bedeutung zu. Immerhin informieren sich gerade junge Leute hauptsächlich über dieses Medium. So wird gegenwärtig die Homepage der VOS überarbeitet. Ziel ist es, die optische Anmutung nachhaltig zu verbessern. Außerdem planen wir, die VOS auf der bekannten Internet-Plattform [www.youtube.com](http://www.youtube.com) audiovisuell zu platzieren. Nach dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“ werden wir unsere externe Kommunikation also weiter professionalisieren mit dem Ziel, die Marke „VOS“ und unsere Forderungen in der Öffentlichkeit noch besser zu platzieren.

*Ronald Lässig,  
Pressesprecher der VOS*

Anm. d. Red.: Durch das Wirken von Ronald Lässig ist die VOS sowohl für die Medien wie auch für politische Kreise wieder interessant geworden. Denkbar wäre es deshalb, in absehbarer Zeit auch neue Gespräche mit den Spitzenpolitikern der Parteien zu führen, um die angesprochenen Erleichterungen bei der Beantragung der Ehrenpension durchzusetzen.

Wieder einmal hat es innerhalb der laufenden Wahlperiode eine Änderung im Bundesvorstand der VOS gegeben. Unser Kamerad Carl-Wolfgang Holzapfel hat sein Amt als Stellvertreter des Bundesvorsitzenden aufgegeben. Eine entsprechende Erklärung wurde in dieser Fg-Ausgabe abgedruckt, wobei dieselbe keine Details enthält. Meines Wissens hat es aber zuvor weder eine der berüchtigten Schlamm-schlachten gegeben, noch wurde Kamerad Holzapfel von jemandem zum Rücktritt gedrängt. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass Carl-Wolfgang neben seiner Funktion in der VOS auch Vorsitzender in der Vereinigung 17. Juni 1953 e. V. ist. Die Bekleidung beider Ämter führte natürlich zu Doppelbelastungen, sodass der Rücktritt aus dieser Sicht verständlicher scheint.

An dieser Stelle möchte ich nun unserem Kameraden Carl-Wolfgang Holzapfel – auch im Namen der VOS-Mitglieder und des erweiterten Bundesvorstands – für seine bisherige Mitarbeit danken. Er hat sich trotz der Kürze der Amtszeit mit viel Elan und Engagement in die Arbeit der VOS eingebracht und sich ohne Rücksicht auf persönliche Leistungsgrenzen für die Interessen der Opfer des Kommunismus eingesetzt. Sicherlich wird es künftig noch genügend Möglichkeiten geben, die gemeinsame Arbeit fortzusetzen und einander zu unterstützen. Und natürlich ist auch der eine oder andere Beitrag für die Fg willkommen.

Wie es im geschäftsführenden Bundesvorstand weitergeht, muss in den nächsten Wochen entschieden werden. Bekanntlich haben wir die Situation eines Rücktritts während einer laufenden Amtszeit nicht zum ersten Mal. Und somit erinnern wir uns, dass es in jenen Perioden, als der Bundesvorstand nur noch aus zwei Kameraden bestand, für eben diese beiden nicht einfach war, die gesamte Arbeit zu leisten. Daher sei es den nun im Vorstand verbliebenen Kameraden Johannes Rink, der zudem noch in Magdeburg seinen Wohnsitz hat, und Hugo Diederich, zu empfehlen, sich rechtzeitig um einen Nachfolger zu bemühen.

Dass es an Aufgaben und Themen für die VOS nicht mangelt, konnten wir in den letzten Wochen

feststellen. Seit Bekanntwerden der ungeheuerlichen Tatsachen, dass noch tausende ehemalige IM und sogar hauptamtliche MfS-Mitarbeiter in öffentlichen Behörden tätig sind, hat die VOS eine Vielzahl von Presse-Initiativen gestartet, die nicht ohne Wirkung geblieben sind. Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitzender, beziffert die Nennung der VOS als Hauptkritiker der aufgedeckten Missstände in Zeitungen und anderen Medien auf 37 nur durch eine Pressemitteilung. Der Name Vereinigung der Opfer des Stalinismus war in vielen überregionalen Medien, auch im Fernsehen zu hören bzw. zu lesen. Das hat schlagartig Aufmerksamkeit erzeugt, prompt wurden auch wieder Anträge auf Mitgliedschaft gestellt.

### *Auf ein Wort des Redakteurs*

In diesem Zusammenhang ist natürlich unser Pressesprecher positiv zu nennen. Ronald Lässig, der über gute Kontakte verfügt und dessen Einsatzbereitschaft für die VOS und für die SED-Opfer sehr groß ist, hat dafür gesorgt, dass unsere Stimme deutschlandweit und sogar über die Grenzen des Landes zu hören gewesen ist und hoffentlich weiter zu hören sein wird. Man darf sich wünschen, dass er dieses Engagement beibehält und die VOS weiter auf dem aufstrebenden Kurs bleibt.

Nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl ist das Eintreten der ehemaligen politischen Häftlinge des Kommunismus von Wichtigkeit. Als Zeitzeugen und Gegenwartsdeuter sind wir jederzeit in der Lage, über das wahre Wesen des Sozialismus – egal ob im Kettenhemd des Stalinismus oder im Samtgewand der heutigen Linken – auf die Gefahren hinzuweisen, die der Ideologie und den Absichten innewohnen. Sollte die Partei die Linke auf irgendeine Weise an der politischen Macht beteiligt werden, werden auch jene, die sie loben, geblendet von ihren jetzigen Verkündungen, langfristig üble Erfahrungen machen.

Allein, was die Bewertung des Unrechtsstaates DDR angeht, wur-

den durch die Linke ihre Vorgängerparteien PDS und Linkspartei bei der Vermittlung eines falschen DDR-Bildes ganze Arbeit geleistet. Laut Umfragen von Instituten sind im heutigen Ost-Deutschland, dem Gebiet der untergegangenen DDR also, etwa fünfzig Prozent der Menschen der Meinung, dass das Leben in der DDR eigentlich gar nicht so schlecht gewesen sei. Es wurde zwar dieses und jenes verkehrt gemacht und nicht alles sei vollkommen gewesen, doch die soziale Absicherung und die Gewährung von Arbeitsplätzen seien ja letztlich ausschlaggebend gewesen. Selbst die Massen, die im Herbst 1989 auf die Straße gegangen waren, um zu demonstrieren und dieses Missgebilde von einem Staat zu zertreten, werden quasi als Irgeleitete hingestellt. Niemand spricht heute von der katastrophalen Konsumtionssituation, von den Defiziten in der medizinischen Versorgung oder von der ideologischen Zwangsgleichschaltung. Und vielfach sind es genau diejenigen, die das heutige demokratische System verteufeln, die auch die fetten Renten einstreichen, weil sie in der DDR als Mittäter und Mitläufer zum Sockel des SED-Politbüros geworden sind.

Natürlich sind wir als Opfer des SED-Regimes sehr froh, weil angesichts der zwanzigjährigen Wiederverkehr dieser schicksalsträchtigen Ereignisse von 1989 zahlreiche Veranstaltungen und Foren stattfinden, in denen auf die gewaltigen Demonstrationen hingewiesen wird. Doch man muss ehrlicherweise fragen: Warum ist nicht innerhalb der nun verstrichenen zwei Jahrzehnte systematisch und fundiert an der Vermittlung (wahrer) Geschichte gearbeitet worden? Warum wurde geschludert und an den Schulen fast nichts über die DDR vermittelt? Nun sind mindestens zehn Jahrgänge, die die DDR nicht mehr am eigenen Leibe erfahren haben, von den Schulen entlassen worden, ohne dass über die Verbrechen und Irrungen von vierzig Jahren gesprochen wurde? Man hat das Feld den Lehrern und Erziehern überlassen, die die DDR schönreden oder denen sie egal war. Dies war ein großer Fehler, der korrigiert werden muss.

*Bis zur nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

## In dieser Ausgabe:

### **Aktuelles Top-Thema:**

Gedenkstätte, aber nur für die Opfer einer Diktatur: *Im Zuchthaus Brandenburg werden immer noch Wahrheiten verschwiegen*

### **TITELSEITE:**

#### **Über die Schaffung von Netzwerken und Medienpräsenz**

Die VOS sollte und kann viel mehr für ihr Auftreten in der Öffentlichkeit tun

### **Redaktionsthema:**

Rücktritt eines Vorstandsmitglieds.  
Wahrheiten über die DDR

2

#### **Eine Schlacht, die keine Schlacht hätte seine müssen**

Mehrheit im Brandenburger Landtag spricht sich für (nur) den LStU-Beauftragten aus

4

#### **Zahlreiche Aktivitäten, aber auch Dauerstress**

Carl-Wolfgang Holzapfels Erklärung zum Rücktritt als Vorstandsmitglied

4

#### **Eine durchsichtige Absage**

SPD-Fraktion hält bisherige Leistungen für SED-Opfer für ausreichend

5

#### **Auch im Ausland hörte man die Stimme der VOS**      Über unser Medien-Echo

5

#### **Als die „Strichelchen“ entfielen**

Die Bild-Zeitung vor 20 Jahren

5

#### **Sachsenhausen nach 1945**

Eine Ausstellung in Falkensee

7

#### **Aufklären statt Verschweigen**

Die Bedeutung der Gedenktafel in Jamlitz

7

#### **Ein wichtiges Datum in der deutschen Geschichte** Der Volksaufstand vom Juni 1953

8

#### **Wann reagieren die Schulen endlich?**

Wurzener VOS-Gruppe möchte Wissen über SED-Diktatur vermitteln

9

#### **Immer noch ein Brennpunkt in der Geschichte des Widerstandes**

Nachhaltige Ehrung zum 80. Geburtstag von Oskar Brüsewitz in Rippicha

10

#### **Handlungsbedarf nicht erwünscht?**

Über Initiativen zur Umbenennung von Straßen mit geschichtlicher Bedeutung

11

### **Bücher in der Fg:**

Ein Pfarrer beherbergte die Honeckers	12
Ein Ex-Kulturminister verklärt die DDR	13
Ein SED-Opfer veröffentlicht seine Biografie	13
Ein „Autorinnen-Team“ besticht durch Geschichtsforschungen	22

#### **Ein Trauma für viele von uns**

Stasi-Leute im Öffentlichen Dienst 15

#### **Die Gerechtigkeit und der Rechtsstaat**

Ein altes Zitat muss wieder bemüht werden 16

#### **Wo der Amtsschimmel wiehert**

Behörden quälen Rentner wegen Angaben zur Ehrenpension 17

#### **Vom Weg in die Freiheit**

Mit dem Freikauf-Bus von Ost nach West 18

#### **Ein Dank an die Kanzlerin**

Aber die Nachfragen auf Verbesserungen bei der Ehrenpension bleiben 18

#### **Kann man Diktaturen vergleichen?**

Die Frage wird immer wieder diskutiert 19

#### **EU-Recht kontra Staatsrecht?**

Über den 23. August als Gedenktag 19

#### **Rehabilitierung notfalls erkämpfen**

Die Schwierigkeiten bei Haftverbüßung ohne Urteil 20

#### **Ist Frau Merkel in „guten“ Händen?**

Zwei Ex-Stasi-Leute sollen sie „beschützen“ 21

#### **Linke verliert erneut Abgeordneten**

23

#### **Das Kurz-Porträt**

Ronald Lässig, Pressesprecher der VOS 23

### **RUBRIKEN/SPLITTER**

- Geschichte	5/21
- Gedenkstätten/Museen	14/18/19/21
- Zitate	15/16/20
- Lesermeinungen	15/18/20
- Post vom Bundespräsidenten	17
- Suchmeldung	19
- Spender für die VOS	23
- Verstorbene Kameraden	23
- Veranstaltungen, Termine, Impressum	24

## **Die Aufgaben sind gewachsen, die Mittel nicht**

### VOS-Bundevorstand sucht Unterstützung für bessere Finanzierungsmöglichkeiten des Verbandes

*Um für die Betreuung der SED-Opfer künftig besser gerüstet zu sein, bemüht sich der Bundesvorstand der VOS um eine institutionelle Förderung seitens des Bundes und der Länder, aber auch um die persönliche Unterstützung von Abgeordneten. Der Vorstand schrieb daher am 30.07.2009 an 620 MdB und bat ganz konkret um eine finanzielle Hilfeleistung. Nachstehend der Inhalt:*

In diesem Jahr begehen wir den 20. Jahrestag des Mauerfalls. Dies nehmen wir als Opferverband zum Anlass, um Ihnen zu schreiben.

Die VOS wurde 1950 in Berlin gegründet und ist der älteste und größte Opferverband. Wir haben bundesweit etwa 10.000 Mitglieder, sind aber auch Anlaufstelle für ehemals politisch Verfolgte, die nicht unserem Verband angehören. Gerade durch die Einführung der Opferrente und die Fristverlängerung für die politische Rehabilitation bis 2011 sieht sich die VOS als bekanntester Opferverband mit stark gewachsenen Aufgaben konfrontiert, die sich nicht mehr ehrenamtlich bewältigen lassen.

Bekanntlich haben viele politische Gefangene der DDR derart nachhaltig gelitten, dass sie den vertrauensvollen Kontakt zu einem Opferverband dem Kontakt zu Behörden vorziehen.

Deshalb bitten wir um Ihre Unterstützung, damit unser Verband künftig Mittelzuweisungen des Bundes erhält, z.B. in Form einer institutionellen Förderung oder von Projektmitteln.

Wir nehmen Beratungs- und Betreuungsaufgaben für politisch Verfolgte und ehemalige politische Häftlinge zur beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitation, zur Rentenberechnung bei fehlenden Anrechnungszeiten und Unterstützung im Vorfeld von Behördengängen bis hin zum Erstellen, Verfassen und Schreiben von Anträgen und Anfragen für die Betroffenen wahr und vermitteln den zunehmend älteren Menschen Kontakte zu anderen Organisationen.

Oft sind auch Hausbesuche erforderlich.

Außerdem bitten wir Sie, sich in Ihrer Fraktion für Nachbesserungen bei der Opferrente einzusetzen. Die jetzige Regelung ist für uns als Betroffene nur ein erster Schritt. Gegenwärtig erhalten ehemalige Häftlinge 250,00 Euro monatlich, sofern sie in der DDR mindestens 6 Monate aus politischen Gründen eingesperrt waren. Unserer Auffassung nach muss aber jeder politische Häftling unabhängig von der Haftdauer entschädigt werden.

Wir bieten Ihnen gern ein Gespräch an, um vorgenannte Themenfelder näher zu erläutern.

Da wir unsere Arbeit ehrenamtlich ausführen, sind wir auf Spenden angewiesen.

Wir legen einen Überweisungsbeleg bei und würden uns freuen, wenn Sie uns mit 100,00 Euro unterstützen. Wir senden Ihnen gern eine entsprechende Spendenquittung zu.

Für Ihre Unterstützung bedanken wir uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen  
Johannes Rink, Hugo Diederich

## **Bundesvorstand der VOS: Rücktritt**

*Meldung des Bundesvorstandes vom 18.07.2009*

*(BV/CW/FG)* Der Bundesvorstand der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) teilte heute den Rücktritt eines seiner Stellvertreter im Vorstand mit.

Carl-Wolfgang Holzapfel, der auch Vorsitzender der Vereinigung 17. Juni ist, wird zum 31. Juli dieses Jahres aus dem Vorstand ausscheiden. Nach Holzapfel waren unterschiedliche Vorstellungen über Problemlösungen „nicht kompatibel“.

In einem Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden Johannes Rink (Magdeburg) und dem weiteren Stellvertreter Hugo Diederich (Berlin) waren am Donnerstag im Beisein des Justizars der VOS diverse Themen erörtert worden. Im Ergebnis bestätigte Holzapfel seinen zuvor angekündigten Rücktritt.

Die Beteiligten erklärten übereinstimmend, dass die Veränderung im Vorstand keine neuerlichen Auseinandersetzungen innerhalb des Verbandes auslösen solle, sondern vielmehr eine neue Diskussionskultur innerhalb des Verbandes eröffnen könne.

*Vorstand und Redakteur danken Kamerad Holzapfel für seine Mitwirkung in der VOS.*

## **Land Brandenburg soll Landesbeauftragten für SED-Opfer erhalten**

*Klare Absage von NS-Opfern an SED-Opfer und von SED-Opfern an NS-Opfern*

„Diese Schlacht wurde schon fast zu schnell geschlagen“, so äußerte sich nach Abschluss der Debatte und der Gesetzesverabschiedung ein Gast aus dem Publikum beim Verlassen des Brandenburger Landtags.

In der Tat, hier wurde, nachdem man fast anderthalb Jahrzehnte nichts zur Benennung eines Landesbeauftragten für die Interessen der SED-Opfer unternommen hatte, plötzlich mit Hochdruck gehandelt und entschieden. Mag sein, dass die bevorstehende Landtagswahl eine Rolle spielte und sich vor allem die SPD noch zusätzliche Stimmen sichern wollte, mag sein, man wusste seitens der Parteispitzen letztlich nicht mehr, wie man sich nun überhaupt noch entscheiden sollte. Nachdem eine Reihe von Experten angehört worden war, wäre um allen gerecht zu werden, eigentlich nur eine Lösung möglich gewesen: eine komplette Geschichtsaufarbeitung beider Diktaturen neu zu betreiben und sich um alle Opfer zu kümmern. So kamen beispielsweise Hinweise, dass ein Diktatur-Beauftragter auch für ausländische NS-Opfer und für Juden eingeführt werden müsse.

Diese Forderung ist zwar richtig, aber man sollte nicht vergessen, es ging hier ursprünglich um die Opfer des SED-Regimes, und für diese Menschen fehlen in Brandenburg solche Anlaufstellen, die es in den anderen (neuen) Bundesländern lange gibt. Die zum Thema angeführten Standpunkte schienen sich übrigens immer mehr zu verhärten. Dies lag nicht zuletzt daran, dass in erster Linie Vertreter von bereits bestehenden Gremien eingeladen wurden. Dabei wäre es sicherlich sinnvoll gewesen, auch einen kompetenten Kenner der Situation wie Dr. Knabe einzuladen, zumal Frau Birthler, die eine Einladung hatte, nicht angereist war. Gerade deren Statements wären von Bedeutung gewesen.

Den Opfern selbst hingegen wurden – im Vergleich zu den Letztgenannten – nur wenige Möglichkeiten gegeben, sich in der direkten Diskussion zu äußern. Die VOS hatte keine Einladung bekommen, und das von ihr abgegebene Statement konnte nur mit Zeitverzug eingebracht werden. So blieb es Rainer Wagner von der UOKG vorbehalten, für die SED-Opfer zu sprechen. Dies gelang dann allerdings sehr sachlich und kompetent und dürfte bei der Entscheidungsfindung, die zur Benennung eines Landesbeauftragten führen soll, mit ins Gewicht gefallen sein. Ganz offenkundig wurde auch, dass es die NS-Opfer ablehnen, sich gemeinsam mit den SED-Opfern einen Diktatur-Beauftragten „teilen“ zu müssen. Dies beruht übrigens weitestgehend auf Gegenseitigkeit, wissen wir doch, dass der Mythos kommunistischer NS-Opfer in hohem Maße dazu beigetragen hat, die DDR-Diktatur zu rechtfertigen und damit zur Schaffung der Kategorie politische Gefangene des kommunistischen Regimes. Zudem wurde nicht nur einmal beklagt, dass bei der gemeinsamen „Betreuung“ beider Opfergruppen erhebliche Unterschiede gemacht werden.

Nun darf man gespannt sein, wann die Personalentscheidungen fallen und wer an der Entscheidungsfindung beteiligt wird. Die VOS, die zahlenmäßig mit Abstand die meisten SED-Opfer vertritt, hat nicht nur einmal ihre Bereitschaft erklärt. *Tom Haltern*

# Schönfärberei, zudem sehr durchsichtig

## SPD-Fraktion stellt sich den Wahlprüfsteinen der VOS

Wie in früheren Wahljahren auch hat sich die VOS in diesem Jahr im Rahmen der Rubrik Wahlprüfsteine wiederum an die großen demokratischen Parteien gewandt, um abzufragen, welche Leistungen die SED-Opfer im Falle des Sieges einiger Parteien zu erwarten haben.

Nunmehr äußerte sich auf ein Anschreiben des Bundesvorsitzenden der VOS an die SPD-Spitze vom 18. März 2009, in dem konkret nach weiteren Verbesserungen bei der Gewährung der Ehrenpension (Besondere Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge von DDR und SBZ) gefragt wurde, SPD-Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel am 9. Juli 2009. In diesem Antwortschreiben lehnt die SPD eine weitere Erhöhung des monatlichen Betrages von 250 Euro sowie eine weitere Verbesserung der Bezugsbedingungen ab. Es wird festgestellt, dass der „größte Teil der Betroffenen“ die monatliche Zahlung nunmehr erhalte. Insgesamt seien dies „rund 33.000 Menschen“.

In dem Schreiben heißt es: „Darüber hinausgehende Rentenzahlungen werden im SPD-Regierungsprogramm nicht gefordert.“ Die SPD sei der Meinung, das Gesetz gleiche Unrecht aus und würdige das „oft schwere Schicksal der von solchen Unrechtsurteilen betroffenen Menschen“.

Allein durch diese Formulierung ergeben die Wahlprüfsteine eine äußerst kritische Bewertung des Absenders. Muss man doch die Frage stellen, ob es denn, wenn es heißt „das oft schwere Schicksal“, demnach auch leichte oder folgenlose Verurteilungen mit anschließender Haft gegeben haben kann.

Auch an anderer Stelle kommen dem Leser Zweifel. Heißt es doch: „Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der Zeit rot-grüner Regierungsverantwortung den gesetzlichen Rahmen für die Leistungen an Opfer politischer Verfolgung der SBZ/DDR erweitert und die Finanzleistungen deutlich aufgestockt. Sie hat damit auch die Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem Schicksal der Betroffenen unterstrichen.“

An dieser Aussage stimmt natürlich, dass die SPD gemeinsam mit den Grünen eine Haftentschädigung für ehemalige politische Häftlinge von SBZ und DDR durchgesetzt hat, wie sie ansonsten kriminell beschuldigten Tätern, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht

Verurteilten bei weitaus besseren Haftbedingungen zusteht. Solch eine Entschädigung hat beispielsweise Willi Stoph, einer der Hauptverantwortlichen für das von der DDR begangene Unrecht, erhalten, da er zwar inhaftiert war, aber aus gesundheitlichen Gründen nicht angeklagt wurde. Mit der Gewährung dieses Ausgleichsbetrages sind SED-Opfer diesbezüglich bestenfalls mit der vorgenannten Gruppierung gleichgestellt worden, obschon ihre Haftbedingungen überhaupt nicht mit denen des heutigen Justiz-Apparates vergleichbar sind. Somit kann nicht von einer Würdigung erlittener Schicksale die Rede sein. Die Einstellung der SPD hat sich zudem als zweifelhaft erwiesen, als zu Zeiten der rot-grünen Regierung ein Antrag auf Opferrente mit den Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt wurde. Erst mit Eintritt in eine Regierungskoalition mit der CDU/CSU wurde die Ehrenpension eingeführt, wobei an dieser Stelle nicht auch noch die Einstellung der Abgeordneten aus den Parteien diskutiert werden soll.

Schade, dass eine demokratische Partei zu einer wenig selbstkritischen Sicht kommt und nach fast einem Vierteljahr nichts weiter als Schönfärberei als Antwort anzubieten hat. Es wird, so bedauerlich das im Blick auf die großen Zeiten der SPD und mit der wohlwollenden Erinnerung an ihre bedeutenden früheren Politiker scheinen mag, in den Reihen der VOS wenig Kameradinnen und Kameraden geben, die einem weiteren Abrutschen dieser Partei am Wahlabend im September mit großer Wehmut gegenüberstehen.

## Als die Striche entfielen

Am 1. August 1989, also vor 20 Jahren verzichtete die Bild-Zeitung erstmals darauf die DDR als „DDR“ aufzuführen. Fortan wurde auf die An- und Ausführungsstriche, die seit Erscheinen des Blattes von Herausgeber Axel Cesar Springer benutzt wurden, verzichtet. Ahnten oder wussten die Redakteure damals schon etwas von der uns allen bald bevorstehenden Wiedervereinigung?

## Öffentlichkeit - Medien

Seit Erscheinen der letzten Fg leistete die VOS eine in den Medien stark beachtete Öffentlichkeitsarbeit. Lesen Sie nachfolgend einige Auszüge:

Zu der im ARD-Fernsehen nachgewiesenen Zahl von rund **100 ehemaligen Stasi-Offizieren**, die im Landeskriminalamt Brandenburg angestellt sein sollen erklärte Ronald Lässig, Pressesprecher der VOS:

„Es ist ein Skandal, dass ausgerechnet Dutzende Stasi-Offiziere in sensiblen öffentlichen Bereichen Brandenburgs beschäftigt werden. Innenminister Schönbohm sollte umgehend Aufklärung betreiben und die betreffenden Stasi-Kader aus dem Dienst entfernen. Es reicht nicht, in politischen Sonntagsreden den DDR-Geheimdienst zu ächten, deren frühere Mitarbeiter aber in Schlüsselpositionen des Landes zu beschäftigen.“

Dass im Bundesverwaltungsamt **ehemalige Stasi-Spitzel** ihre eigene Rente berechnen, wurde so kommentiert:

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) hält es für nicht hinnehmbar, dass im Bundesverwaltungsamt ehemalige Stasifunktionäre angestellt sind und für frühere Stasispitzel die Rente berechnen.

Die Bildzeitung hatte außerdem berichtet, dass solche Stasileute als spezielle „Wissensträger“ ins Bundesverwaltungsamt eingestellt wurden.

Hierzu erklärte Hugo Diederich, stellvertretender VOS-Bundesvorsitzender:

„Offensichtlich wurde nicht nur im Bundeskriminalamt und im LKA Brandenburg der Bock zum Gärtner gemacht. Es kann nicht hingenommen werden, dass sich die Stasi-Täter gegenseitig ihre üppigen Renten bewilligen, während die Opfer zum großen Teil auf Sozialhilfeniveau leben und jeden Cent der spärlichen Opferrente mühsam beantragen müssen.“

Die VOS fordert vom Bundesverwaltungsamt entsprechende Konsequenzen zu ziehen und die Stasispitzel zumindest zu versetzen.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) hat in Berlin personenbezogene Stasi-Akten sichergestellt, die in der Öffentlichkeit kursieren, obwohl dafür offensichtlich keine Einwilligung der Betroffenen vorliegt.

# Brandenburg: ein übler „Verwahr-Ort“ in der sozialistischen DDR

*Ex-Häftling Erich Honecker trat als Regierungs-Chef der DDR das Schicksal seiner eigenen politischen Häftlinge durch „seine“ Gedenkstätte mit Füßen*

„Wer je die Zuchthaus-Mauern der Brandenburger Strafvollzugsanstalt von innen gesehen hat, wird sie nicht mehr vergessen.“ Dieser Satz hat Allgemeingültigkeit, jeder ehemalige Häftling, der den „Gläsernen Sarg“ erlebt hat, hat ihn gesagt oder wenigstens gedacht – er bewahrheitet sich für ihn noch heute.

Bereits vor der Machtübernahme durch die Nazis diente das Zuchthaus als Verwahr-Ort für Mörder und andere Schwerverbrecher, es sollte jedoch in der Zeit der Weimarer Republik perspektivisch in ein Modell für einen humanistischen Strafvollzug mit Resozialisierungscharakter, wie man diesen im heutigen Gesellschaftssystem kennt, umgewandelt werden. Nach 1933 wurden die Anfänge für dieses Projekt radikal getilgt, der Strafvollzug der Härte und Züchtigung wurde entsprechenden den politischen Zielen des Dritten Reichs mit drastischen Maßnahmen umgesetzt. Politische Gefangene wurden in Brandenburg ebenfalls verwahrt, zu denen sich auch Erich Honecker rechnete. Der spätere SED-Chef hatte im Kommunistischen Jugendverband in der Untergrundtätigkeit dieser Organisation mitgewirkt. Er wurde 1935 verhaftet und vom „Volksgerichtshof“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Ein anderer Häftling, der aus politischen Gründen im Zuchthaus Brandenburg inhaftiert war, war der spätere Regime-Kritiker der DDR Robert Havemann. Sowohl Havemann

wie Honecker überlebten die Haft. Honecker, der in seiner zu DDR-Zeiten als Buch erschienenen Biografie auch über das Zuchthaus Brandenburg berichtet, beteiligte sich nach 1945 maßgeblich an der Gründung des diktatorischen SED-Apparates, der gemeinsam mit den Moskauer Kommunisten innerhalb von viereinhalb Jahrzehnten selbst unzählbar viele Opfer – die auch im Brandenburger Zuchthaus eingekerkert wurden – schuf.

Andere Widerständler des NS-Regimes, die wie Honecker in Brandenburg eingesperrt wurden, überlebten die Haft nicht. Etliche wurden per Fallbeil hingerichtet. Für sie wurde auf Geheiß Honeckers im Eingangsbereich des Zuchthauses 1988 mit der Einrichtung eines Museums als Nationale Mahn- und Gedenkstätte zur Erinnerung an den antifaschistischen Widerstandskampf und zu Ehren der Opfer des Nationalismus begonnen. Das Projekt konnte jedoch zu DDR-Zeiten nicht vollendet werden. Erst nach dem Sturz des SED-Regimes wurde diese Gedenkstätte mit Namenslisten und Relikten fertig gestellt. Damit erfuhren jene Opfer, die sich gegen das NS-Regime aufgelehnt hatten, eine nachträgliche Ehrung, wohingegen die Opfer der sozialistischen DDR ignoriert wurden. An dieser Art des einseitigen Ehrens und Gedenkens zeigt sich zugleich auch ein Geschmack höchster Fragwürdigkeit, denn noch bis zum Ende der 1980er Jahre wurden im Zuchthaus Häftlinge festgehalten, die aus politischen Gründen – immer noch zu drastisch langen Strafen – verurteilt waren. Dabei handelte es sich sowohl um Ausreiseartragsteller, Republik-Fluchtwillige oder Personen, die durch gezielte Aktionen Widerstand gegen die Diktatur geleistet hatten. Während

viele von ihnen Strafen von anderthalb bis drei Jahren abzubüßen hatten, waren auch Verurteilte darunter, die hohe Haftstrafen, teils sogar Lebenslänglich verbüßten.

Die politischen Häftlinge der DDR hatten es in Brandenburg besonders schwer, denn sie wurden auf die Massenzellen verteilt, in denen Schwerverbrecher und gemeine Kleinkriminelle, so genannte BV-er (Berufsverbrecher) das Sagen hatten. Mörder, Sittlichkeits- und sonstige Gewalttäter, sämtlich mit langen Strafen bedacht, waren längst vom zivilen Leben entwöhnt, ihre Entlassung lag in weiter Ferne. Die Art, diese Menschen zu verwahren, hatte eher mit Züchtigung zu tun als mit gezielten Resozialisierungsabsichten.

In diesem Milieu waren politische Häftlinge quasi rechtlos. Sie wurden meistens einzeln auf die großen Zellen verteilt und blieben hier den Schikanen, Demütigungen und Schlägen der Kriminellen ausgesetzt. Fast immer waren sie isoliert. Bei der im Zuchthaus verordneten Zwangsarbeit erhielten sie nur minderwertige Arbeitsplätze und geringen Lohn.

Die gesundheitliche Versorgung im Zuchthaus war katastrophal, die „Verpflegung“ schlecht und knapp, die Unterbringung (in dreistöckigen Bettgestellen) eng und unzumutbar. Aus den wenigen Wasserleitungen der Zellen kam nur nachts Wasser, sodass die Benutzung der Toiletten nicht

**Ein Beauftragter für die Belange der SED-Opfer könnte sich für die Einrichtung einer Gedenkstätte oder für die Erweiterung der vorhandenen einsetzen.**

möglich war und keine Waschgelegenheit bestand. Als Kleidung wurden den Häftlingen abgetragene Uniformen zur Verfügung gestellt. Nicht nur unter den Gefangenen herrschte Faustrecht, auch seitens der Wärter (von denen nach der Wende die Mehrzahl übernommen wurde) wurde geprügelt und schikaniert.

Leider wird jenes dunkle Kapitel des Zuchthauses Brandenburg weitestgehend verdrängt. Da es keine Gedenkstätte für die Opfer aus der DDR-Zeit gibt, fehlt für viele, die in diesem finsternen Gemäuer ein schweres Haft-Trauma erlitten haben, ein Stück Identität und die Möglichkeit der authentischen geistigen Einkehr.

Nach der Wende wurden im Zuge der Weiternutzung des Zuchthaus-Objekts prägende bauliche Veränderungen vorgenommen. Die Zahl der Zellen wurde – auf der gleichen Grundfläche wie vordem – stark reduziert. Wo früher 12 oder 15 Gefangene eingepfercht waren, befinden sich nun Einzelzellen. Vom wirklichen Zustand dieses Zuchthauses vor 1990 gibt es keine Aufnahmen. Mit Bedacht ist der Beleg dieser skandalösen Behandlung von Menschen rechtzeitig beseitigt worden.

Durch die Opfer, auch durch deren Verband VOS, ist dieser Missstand immer wieder angesprochen, angemahnt worden. Leider ohne sichtbaren Erfolg. Die Benennung eines Landesbeauftragten für die SED-Opfer könnte Abhilfe schaffen. Der Beauftragte könnte sich für die Dokumentation der einstigen Haftbedingungen einsetzen, er könnte Zeugnisse und Zeitzeugenberichte sammeln, damit dieses Stück Geschichte einer unrühmlichen Diktatur der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

B. Thonn

## Wir wissen viel zu wenig über die Feinstruktur der Häftlingsgesellschaft

Eröffnung der Ausstellung „Falkensee und Sachsenhausen. Biografien unter der sowjetischen Besatzungsmacht 1945-1950“

Pressemitteilung der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten

Ab 28. Juni 2009 ist in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen die Sonderausstellung „Falkensee und Sachsenhausen, Biografien unter der Sowjetischen Besatzungsmacht 1945-1950“ zu sehen. Mehr als 160 Namen von Frauen, Männern und Jugendlichen aus Falkensee sind bekannt, die nach 1945 von den sowjetischen Geheimdiensten SMERSCH und NKWD verhaftet und in das Speziallager Sachsenhausen überstellt wurden. Mindestens 20 Falkenseer überlebten das Lager nicht. Sie starben an Unterernährung und deren Folgeerscheinungen.

Die Ausstellung thematisiert erstmals die Verhaftungspraxis der sowjetischen Besatzungsmacht in einer lokalhistorischen und biografischen Perspektive. Sie dokumentiert wichtige Ereignisse und Entwicklungen der Nachkriegsgeschichte des Ortes Falkensee und zentrale Aspekte des Haftalltags im Speziallager Sachsenhausen wie Mangelernährung und massenhaftes Verhungern, aber auch menschliche Isolation und erzwungene Untätigkeit. Stiftungsdirektor Prof. Dr. Günter Morsch bemerkt dazu: "Nach wie vor wissen wir viel zu wenig über die Feinstruktur der Häftlingsgesellschaft in den Speziallagern, über die Frage, wie viele NS-belastet waren und in welchem Grad, über die regionale Herkunft, die Aufschlüsse über die Verhaftungspraxis der Besatzungsmacht erlaubt, sowie über die Altersstruktur der Inhaftierten." Die Ausstellung zeigt, so Morsch, dass gerade lokale Fallstudien einen wichtigen Beitrag zur Beantwortung dieser Fragen liefern können.

Entlang einer Zeitachse der Jahre 1945 bis 1950 werden 18 Schicksale von Falkenseern in diesen historischen-politischen Kontext eingeordnet. Die vorgestellten Biografien spiegeln unterschiedliche Verhaftungsgründe, Altersklassen und soziale Schichten. Es entsteht ein heterogenes Bild, das nur zum Teil die tatsächliche politische, soziale und demografische Struktur Falkensees widerspiegelt, aber die Vielschichtigkeit der Häftlingsgesellschaft im Lager andeutet. Insgesamt hielt der sowjetische Geheimdienst in Sachsenhausen 60.000 Menschen gefangen: Internierte, Verurteilte, ehemalige deutsche Wehrmachtsoffiziere und Ausländer.

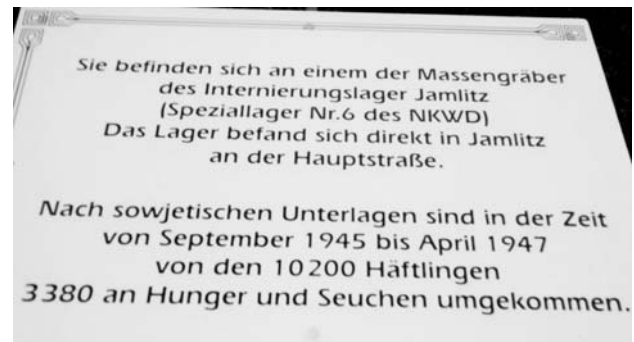
Die Ausstellung war bereits vom 13. Februar bis 24. Mai 2009 im Heimatmuseum Falkensee gezeigt worden. Sie wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, der Sparkasse Falkensee und der Stadtverwaltung Falkensee gefördert. Zahlreiche Zeitzeugen und Angehörige haben mit ihrem Wissen geholfen und wertvolle Dokumente, Fotos und Erinnerungsstücke zur Verfügung gestellt. Zur Ausstellung gibt es eine Broschüre sowie pädagogisches Begleitmaterial.

Zu besichtigen im Sonderausstellungsraum im Museum „Speziallager“ Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg, Eintritt frei. Dr. H. Seferenz, Pressesprecher

## Nicht mal alle Opfer erfasst

Ehemaliges KZ und Speziallager Jamlitz gilt als trauriges Beispiel doppelten Diktatur-Leids

Der kleine Ort Jamlitz, der etwa auf der halben Strecke zwischen Lübben und Guben liegt, ist nicht etwa bekannt, weil er sich inmitten einer schönen Landschaft mit Seen und viel Grün befindet und man hier mittlerweile ein Mekka für Angler geschaffen hat. Nein, hier haben im vorigen Jahrhundert zwei Diktaturen gewütet, hier hat das menschliche Elend lange Zeit seinen dunklen Mantel ausgebreitet. Nicht umsonst verweisen wir als VOS-Gemeinschaft auf die Gedenktafel, auf der die Zahlen der Leidenden und der Toten festgehalten sind. Der kurze, aber prägnante Hinweis auf das Leid, das sich hier ereignete, hat in einer Zeit, in der die geschichtlichen Zusammenhänge in Sachen SED-Diktatur weiter verblässen, umso größere Bedeutung.



Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass die kommunistische Diktatur nicht nur für die Einrichtung der Speziallager verantwortlich ist. Nein, sie hat auch keine gute Rolle gespielt, als es um die nachträgliche Bestattung von ermordeten Häftlingen aus dem Dritten Reich ging. Aus den nach der Wende geöffneten Aktenarchiven ließ sich rekonstruieren, dass im Zeitraum 1959 bis 1971 bei Grabungen die Gebeine von insgesamt fast 600 Toten gefunden wurden, die exhumiert und verbrannt wurden. Da es sich um Juden handelte, die ihre eigenen Bestattungsrituale haben, wurde hier wissentlich gegen geheiligte Bräuche verstoßen. Wie es heißt, wurden Toten vor dem Transport zum Krematorium sogar vorhandene Goldzähne herausgerissen. Die Asche wurde zur KZ-Opfer-Gedenkstätte in Lieberose, die von der DDR 1973 eingerichtet wurde, verbracht.

Bei anderen Grabungen wurden weitere Gebeine gefunden. Hier handelt es sich um etwa 750 jüdische KZ-Opfer, deren Hinrichtung noch im Februar 1945 von der SS befohlen und ausgeführt wurde.

Eine Rekonstruktion des ehemaligen Lagers mit dem Erschießungs- und Verladeplätze erscheint schwierig, da keine Pläne mehr existieren und man sich auf Zeitzeugenaussagen verlassen muss.

Fest steht, dass das Lager 1947 aufgelöst wurde. Von den noch lebenden Insassen wurden 1.000 nach Sibirien deportiert. Mehr als 4.000 Überlebende wurden auf die Lager Nr. 1 und Nr. 2 in Mühlberg und Buchenwald verteilt, wo das Sterben weiterging.

Aus den aufgedeckten Informationen zeigt sich einmal mehr, welche Grausamkeiten gegen Unschuldige in der SED-Diktatur begangen wurden und wie die SED-Historiker immer schon Geschichte falsch weitergegeben haben. Kein Wunder also, wenn es ihre Nachfolger auch heute noch tun. Valerie Bosse

## 1989 erfüllte sich das Vermächtnis vom Juni 1953

*Auch in diesem Jahr wurde in vielen Veranstaltungen des Volksaufstandes von 1953 gedacht*

Mit zahlreichen Veranstaltungen, Kranzniederlegungen oder nachhaltigen Aktionen wie der Rückführung des Opfer-Gedenksteins durch eine beherzte Initiative der VOS-Kameraden an seinen ursprünglichen Standort in Darmstadt (Bericht Fg 680) wurde auch in diesem Jahr des Volksaufstandes vom Juni 1953 gedacht. Immer noch gibt es Zeitzeugen, die sich aus eigenem Erleben an die Demonstrationen und die Empörung der Menschen in den Großstädten erinnern, die aber ebenso die Bilder der Panzer und der Sowjet-Truppen vor Augen haben. Aktiv wie immer nutzten auch die Gemeinschaften der Opfer der stalinistischen Diktatur den Gedenktag, auf die Ereignisse hinzuweisen. Voran natürlich die VOS und die Vereinigung 17. Juni, der auch Kamerad Carl-Wolfgang Holzapfel als deren Vorsitzender angehört, die in diesem Jahr allein mit sechs Veranstaltungen des Volksaufstandes gedachte.

Der Volksaufstand im Juni 1953 hatte sich zunächst gegen die von der Regierung der DDR drastisch erhobenen Arbeitsnormen gerichtet, schnell hatten die Demonstrationen dann zu politischen Forderungen, etwa nach freien Wahlen, geführt. Bereits am 16. Juni waren vor allem die Bauarbeiter Berlins auf die Straße gegangen, um ihren Unmut über das Vorgehen der Ulbricht-Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Auch in der Politik wird der 17. Juni erfreulicherweise als Gedenktag weiter in Ehren gehalten. Bei einer Feierstunde im Bundestag nannte Bundestagspräsident Lammer den 17. Juni das Symbol der deutschen Einheit in

freiheitlichen Verhältnissen. Der Aufstand, obwohl mit roher Gewalt niedergeschlagen, bleibe ein Erfolg. Erinnert sei daran, dass dieser Tag während der Teilung Deutschlands in der Bundesrepublik lange Zeit als Gedenktag galt, an dem nicht gearbeitet wurde.

Im Bundestag war zur Gedenkfeier auch eine Delegation des polnischen Sejm (Abgeordnetenversammlung) zugegen. Damit sollte die Bedeutung der ersten zugelassenen freien Gewerkschaft in einer sozialistischen Diktatur gewürdigt werden. Die Solidarnosc, geführt von Lech Walesa, hatte damals dafür gesorgt, dass die Entwicklung zu demokratischen Verhältnissen in unserem Nachbarland unaufhaltsam geworden war.

Feiern fanden ebenfalls in den Bundesländern statt. In Erfurt etwa wiesen im Landtag Vertreter der demokratischen Parteien darauf hin, dass mit der friedlichen Revolution von 1989 das Vermächtnis der Volksaufstandes von 1953 in Erfüllung gegangen sei. Thüringens SPD-Chef Christoph Matschie forderte, nach der Herstellung der deutschen Einheit diese nun auch zu vollenden. CDU-Fraktionschef Mohring mahnte, den heutigen Verharmlosungen der kommunistischen Diktatur entschlossen entgegenzutreten. Dies sei ein Vermächtnis, das sich sowohl aus den Ereignissen von 1953 wie aus denen von 1989 ergebe. Staatskanzleichef Klaus Zeh (CDU) nannte „die mutigen Frauen und Männer des Jahres 1953 die Mütter und Väter der friedlichen Revolution des Herbstes 1989“.

*Dr. Alwin Haug*

*Foto: Arno Selten*



Wie in Fg-Ausgabe 680 (Titelseite) berichtet, gelang es Erhard Göhl und seinen Darmstädter Kameradinnen und Kameraden, den hier abgebildeten Opfer-Gedenkstein wieder an dessen ursprünglichem Platz aufstellen zu lassen.



# Das Gespenst des Vergessens durch Zeitzeugentätigkeit bannen

Wurzener VOS-Bezirksgruppe möchte Kontakte zu Jugendlichen und Schulen knüpfen

Als vor mehr als zehn Jahren die Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der VOS veröffentlicht wurde, erhielt diese den Titel „Vergesst uns nicht, wenn auch die Tage wandern und die Jahre ...“ Diese Zeile war einem Gedicht entnommen, das ein Gefangener in einem von den sowjetischen Stalinisten eingerichteten Lager geschrieben und seiner Nachwelt hinterlassen hatte. Der Name des Verfassers ist bis heute unbekannt, somit auch das Schicksal, das vermutlich mit dem Tod des Betroffenen im Lager besiegelt wurde. Fest steht, dass aus den Zeilen eine tiefe Verzweiflung spricht und dass sich der Inhaftierte, wenn schon keine Freiheit und kein Überleben erhoffen kann, so doch zumindest einen Platz im Gedächtnis und dem Herzen der Menschen, die später einmal auf der Erde leben, die über seinem Grab neu gewachsen ist.

tive publik zu machen, wurde ein Reporter der Leipziger Volkszeitung eingeladen, worauf am 11. Juli ein Artikel mit Foto (Abb.) der Gruppe erschienen ist. In dem Beitrag werden auch noch einmal die Hintergründe der Inhaftierungen nach 1945 genannt sowie die fast unfassbare Zahl der Jahre, die so mancher in der Gefangenschaft verbrachte. Bei Rolf Starke, dem Vorsitzenden der Gruppe, waren es elf Jahre, während Hartmut Brix, mit 68 Jahren jüngstes Mitglied der Gruppe, nach dem Mauerbau 1961 wegen „staatsgefährdender Hetze“ zwei Jahre nach Bautzen kam.

Unter den Kameraden der Bezirksgruppe herrscht trotz der erlittenen schweren Schicksale heute eine gute, fast familiäre Atmosphäre. Die Zusammenkünfte, die monatlich in Wurzen stattfinden, bilden ein Stück Heimat. Jedes Jahr findet ein Ausflug mit den Ehefrauen statt. Man kann

über posttraumatische Störungen und Probleme sprechen und hat mit der Herausgabe der Broschüre persönliche Aufarbeitung betrieben. Mehr als 1.000 Flyer sind gedruckt und an die Schulen weitergegeben worden. Nun wartet man auf positive Reaktionen. Dies, ist leider nicht eingetreten, obwohl die Mitglieder der Bezirksgruppe persönlich bei den Rektoren der Schulen angefragt haben.



Das Motto „Vergesst uns nicht“ ist immer noch gebräuchlich. Wiewohl es auch von Opfern aus der heutigen Zeit bei Naturkatastrophen oder der politischen Unterdrückung in Tibet als Hilferuf zu hören und zu lesen ist, hat es in den Reihen der Stalinismus-Opfer immer noch große Aktualität. Wissen wir doch alle, dass fehlende oder mangelhafte Geschichtskennntnisse bei der jungen Generation zu einer eklatanten Falschdarstellung der historischen Vorgänge seit 1945 beklagt werden. Ulbricht als Kanzler des demokratischen Deutschlands oder Adenauer als Initiator des Mauerbaus, so in etwa sehen viele Jugendliche die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Auch die DDR als demokratisches Land und das MfS als Geheimdienst, wie ihn jeder andere Staat für sich einrichtete – mit solch einem Wissensstand treffen wir nicht selten Gymnasiasten oder Studenten an.

Die VOS-Bezirksgruppe Wurzen, die fast ausschließlich aus älteren Mitgliedern besteht, hat nun die Initiative ergriffen, um mit dem authentischen Wissen eigener Geschichtserlebnisse wirkliche geschichtliche Kenntnisse zu vermitteln. Dazu wurden ein Flyer (Faltblatt) und eine Broschüre angefertigt, mit denen vor allem junge Menschen erreicht werden sollen. Um die Initia-

Die Kameraden der Bezirksgruppe stehen aber auf jeden Fall zur Verfügung, denn bis auf zwei sind inzwischen alle 80 Jahre, und man möchte die eigenen Erlebnisse unbedingt weitergeben.

Erhart Krätzschar, ebenfalls Mitglied der Gruppe, hat als Einziger bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit einer Schule gemacht, als er vom Wurzener Gymnasium zu Vortrag und Fragestunde eingeladen wurde. Als ehemaliger Häftling des Speziallagers 1 in Mühlberg ist er auf interessierte Jugendliche gestoßen und wurde mit großer Aufmerksamkeit bedacht. Wichtig sei es für diese Zeitzeugen-Auftritte, dass die Schulklassen vor der jeweiligen Stunde passend vorbereitet würden, ansonsten käme kein guter Dialog zustande. Fakt ist, dass man dem Gespenst des Vergessens nur durch langfristige und fundierte Programme, wirklichkeitsnahe Unterrichtspläne und durch guten Willen entgegen wirken kann. Ansonsten würde auch die Bitte des verzweifelten Gedicht-Verfassers nicht erhört werden und die Geschichte der Opfer des Stalinismus würde weitestgehend in Vergessenheit geraten, und dies dürfte dann nicht allzu lange dauern ...

Hugo Diederich, Stellvertr. Bundesvorsitzender

# „Wir warten nicht auf den Kommunismus!“

Am 30. Mai 2009 wäre der Widerständler und Märtyrer Oskar Brüsewitz 80 Jahre geworden. Das Datum wurde mit einer Feier und Grüßen der Bundeskanzlerin an seiner Wirkungsstätte gewürdigt

Am Pfingstsonntag 2009 fand in der Dorfkirche von Rippicha bei Zeitz ein feierlicher Pfingstgottesdienst statt, der ganz im Zeichen des Geburtstages von Oskar Brüsewitz stand. Am 30. Mai 2009 hätte er seinen 80. Geburtstag gefeiert. In der Rippichaer Dorfkirche hatte er bis zu seinem Tod 1976 gepredigt. Jetzt hielt Pfarrer Ziebart den Gottesdienst. Er war 1976 sein Amtsbruder und betonte in seiner Predigt, dass es Oskar Brüsewitz in erster Linie nicht um sich selbst, sondern vor allem um die freie, christliche Verkündigung und das unbehinderte Bekenntnis zu Gott ging.

Für den Pfingstnachmittag hatte dann Uwe Kraneis, Bürgermeister von Droßdorf und Rippicha, eine Feierstunde im neuen Gemeindezentrum organisiert, zu der auch die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, eingeladen war. In ihrem Namen hielt der Beauftragte für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesrepublik, Günter Nooke, die Laudatio.

Er überbrachte die Grüße der Bundeskanzlerin. **Die Bundesregierung anerkenne und schätze das Bemühen derer hoch, die das Andenken an Oskar Brüsewitz wach halten.**

Es sei oft nur ein kleiner Moment, der einen Menschen zu einer Person der Zeitgeschichte mache und Wirkungen bis in die heutige Zeit habe. So ein Moment sei der 18. August 1976 gewesen, an dem sich Oskar Brüsewitz in Zeitz aus Protest gegen die Unterdrückung der Kirchen in der DDR selbst angezündet hatte. **„Von diesem Tag gingen Wirkungen aus, die in der friedlichen Revolution 1989 ihren Höhepunkt hatten und bis heute reichen. ... Brüsewitz beging eine Heldentat, die nicht Vorbild sein konnte und auch nicht ist“**, sagte Nooke. „Aber sie ermutigte Christen, deutlicher als zuvor als Christ in unchristlicher Umwelt zu leben.“ Die Heldentat sei ihm aber nicht in die Wiege gelegt worden. Er habe keinen geraden Lebenslauf gehabt, auch Fehler begangen und seiner Familie Schmerz und Leid bereitet.

Oskar Brüsewitz habe aber bereits als Pfarrer in seiner Gemeinde ge-

zeigt, wie viel Selbstbewusstsein man auch in einer Diktatur haben konnte, mit welchen einfachen Mitteln man Christsein in der DDR verteidigen konnte. „Ein offen freies Bekenntnis“ so Nooke, darum sei es Brüsewitz gegangen. Leidenschaftlich und phantasievoll für seine Kirche sei er gewesen. Damit störte er den „Frieden“, der sich in Mielkes Wahlkreis damals breit gemacht hatte.

Brüsewitz wurde zum Verfolgten. Die Tochter wurde zum Abitur nicht zugelassen. Auf Veranlassung des SED-Staates sei Brüsewitz' Spielraum immer weiter eingeengt, der Druck auf ihn immer größer geworden. Nooke rief die Umstände des Fanals, der Selbstverbrennung des Pfarrers noch einmal in Erinnerung. Sein Tod habe selbst bei marxistisch gesinnten Intellektuellen bewirkt, die eigene Parteiführung zu hinterfragen. „Oskar Brüsewitz brachte Bewegung in die Erstarrung. **Er war einer der Anfänge vom Ende der DDR. ... Er wurde Opfer im Kampf gegen den Kommunismus.**“

„Sein Fanal war nicht vergebens“, so Günter Nooke.

Grüßworte an die rund 200 Teilnehmer, unter denen sich auch Töchter, Enkel und Weggefährten von Pfarrer Brüsewitz befanden, richteten auch Prof. Wolfgang Stock, Biograf der Bundeskanzlerin und Vorsitzender des Brüsewitz-Zentrums, sowie Frau Monika Zarska aus Prag, Mitglied des Deutsch-Tschechischen-Gesprächsforums.

Prof. Stock wies darauf hin, dass man Brüsewitz' gebrochenen Lebenslauf heute nur verstehen und entsprechend würdigen könne, wenn man sich die damaligen komplizierten Verhältnisse im geteilten Deutschland vergegenwärtige. Er habe Frau und Kleinkind in Westdeutschland zurück gelassen und sei ganz am Boden gewesen, als er in der DDR ankam. Da haben ihm DDR-Christen geholfen und wieder Lebensmut gegeben, mit dem Ergebnis, dass er ein ganz neues, konsequentes Leben im Dienste Gottes und der Kirche begonnen habe. Zu einem seiner Leitsätze wurde: „Wir



*Ich bin das Brot des Lebens – Plakat von Oskar Brüsewitz. Foto: O. Schmidt*

Der Kommunismus sei heute tot. **Es gäbe in Deutschland keine Unterdrückung der Kirche mehr. Dazu habe Oskar Brüsewitz beigetragen.** Auch ihm verdanken wir, dass wir heute in einem freien, demokratischen Deutschland leben.

warten nicht auf den Kapitalismus, wir warten nicht auf den Kommunismus, sondern auf das Reich Gottes.“ Dieser Satz sei auch heute für die Christen noch sehr aktuell.

Frau Zarska erinnerte an die Parallelen zu Jan Pallach, der sich 1969

nach der Niederschlagung des Prager Frühlings in Prag aus Protest angezündet hatte. Auch er war, um seinen mutigen Widerstand zu diskriminieren, von Parteipresse und Geheimpolizei als nicht normal und geisteskrank verleumdet worden.

Zum Ausklang der Veranstaltung dankte der Bürgermeister, Uwe Kraneis, für die Unterstützung der Veranstaltung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, den Verein „Gegen Vergessen – für Demokratie e. V.“, die „Hilfsaktion Märtyrerkirche e. V.“ und durch die Stadt Zeitz..



Monika Zarska aus Prag, Mitglied des Deutsch-Tschechischen-Gesprächforums würdigte in ihrer Ansprache die Bedeutung des Pfarrers Oskar Brüsewitz. Sie zog einen Vergleich zur Selbstverbrennung von Jan Palach 1968 in Prag – gleichfalls eine Tat des Widerstands und der Verzweiflung. (Foto: O. Schmidt)

**Kraneis gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass es gelingen möge, den geplanten Aussichtsturm in der Nähe des Ortes, zu bauen und ihm den Namen von Oskar Brüsewitz zu verleihen. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt habe im Vorfeld sowohl diese Veranstaltung unterstützt als auch finanzielle Hilfe für den Aussichtsturm signalisiert. Auch Güter Nooke und die anwesenden Töchter von Oskar Brüsewitz, Frau E. Fröbel und Frau R. Fecht, unterstützen das Aussichtsturm-Projekt.** Dr. Oskar Schmidt

#### Nachtrag:

Seitens einiger Mitglieder der VOS gibt es weiterhin ernsthafte Bestrebungen, in einzelnen Kommunen Straßen in den Namen von Oskar Brüsewitz umzubenennen.

## Brennpunkt Strausberg bei Berlin: Noch 15 Straßen nach kommunistischen „Helden“ und Motiven benannt!

*Bezirksgruppe Stuttgart fordert Stadtrat zur Umbenennung auf*

Die Frage „Soll in der Gedenkstätte Berliner Mauer neben den Opfern des kommunistischen Regimes auch ehemaliger Grenzsoldaten, die am Todesstreifen getötet wurden, ebenfalls gedacht werden?“ erhält durch die Aktivitäten unseres Kameraden Fritz Schüler neue Akzente. Kamerad Schüler stellte fest, dass in Straußberg bei Berlin noch eine Straße nach dem ehemaligen NVA-Soldaten Peter Göring benannt ist. Er stellte den Antrag, die Straße umzubenennen, da er in seinen Recherchen feststellte, dass der Grenzsoldat Göring, bevor von westlicher Seite auf ihn das Feuer eröffnet wurde, einen Flüchtling, der sich bereits auf westlichem Territorium befand, weiter unter Beschuss setzte.

Hierzu schrieb Fritz Schüler an den Stadtrat von Strausberg:

*Mittlerweile sollte die volle Wahrheit über jenen blutigen Zwischenfall im Frühjahr des Jahres 1962 an der Grenze zu Westberlin bekannt sein.*

*Damals versuchte ein 15-jähriger Flüchtling über die Spree in die Freiheit zu gelangen. Er wurde von zwei Ostberliner Grenzsoldaten entdeckt. Sofort eröffneten beide aus ihren Kalaschnikow-MPi das Feuer. Mehrere Geschosse trafen den Jugendlichen.*

*Zwei Westberliner Polizisten riefen den Mauerschützen zu, das Feuer einzustellen, der schwer Verwundete sei bereits im Westen der geteilten Stadt. Doch die Grenzsoldaten schossen weiter und gefährdeten auch beide Beamte. Letztere mussten daraufhin zurückschießen. Sie trafen einen der Grenzsoldaten tödlich. Es war dies der schon genannte Peter Göring. Sei Begleiter wurde verwundet.*

Neben der Beseitigung des Straßennamens Peter Göring kämpft Fritz Schüler seit geraumer Zeit darum, diese Straße nach dem Maueropfer und einstigem Widerständler Michael Gartenschläger zu benennen. Gartenschläger wurde in Straußberg geboren, er wuchs dort auch auf. Ihm ist es zu verdanken, dass die Welt von der Existenz der SM 70 (Selbst-

schussanlagen) erfuhr, die vor dem Todesstreifen auf der DDR-Seite montiert waren. Staatschef Honecker hatte lange abgestritten, dass es diese Todesautomaten gebe. Selbst vor den Vertretern der KSZE-Staaten präsentierte er diese Lüge. Gartenschläger, der in der DDR zehn Jahre im Zuchthaus zugebracht hatte, wurde bei dem Versuch, einen weiteren Todesautomaten abzubauen, in einen Hinterhalt gelockt und auf dem Gebiet der DDR erschossen. Gegen die mutmaßlichen Schützen wurde ein Prozess angestrengt, es erfolgte jedoch keine Verurteilung.

Zur Abänderung des Namens Peter-Göring-Straße äußerte sich Fritz Schüler gegenüber dem Stadtrat von Strausberg:

*Wir schlagen die unverzügliche Umwidmung auf den Namen Michael Gartenschläger vor. Dieser unbeugsame Patriot hat mit seinem Todesmut das mörderische Grenzregime des SED-Staates vor aller Welt entlarvt. Man sollte einem aufrechten Bürger Strausbergs endlich die verdiente Ehrung erweisen. Der dafür notwendige Aufwand wäre gering, ein erneuter Imagegewinn für Ihre attraktive „grüne Stadt am See“ umso größer.*

*In der Hoffnung auf eine historisch bedeutsame Entscheidung der Gemeinde Strausberg verbleibe ich im Namen unserer Bezirksgruppe,*  
F. Schüler

Bei seinen weiteren Betrachtungen fand Fritz Schüler heraus, dass die Peter-Göring-Straße nicht die einzige nach einem „DDR-Helden“ benannte Straße in Strausberg ist. Es sind mindestens 15 Straßen, so Fritz Schüler, die kommunistische Namen tragen. Die ist ein „ein Skandal“. In keiner anderen Kreisstadt auf dem Gebiet der ehemaligen DDR gebe es eine derartig negative Geschichtsbeurteilung. Fritz Schüler und seine Bezirksgruppe sind entschlossen, zwanzig Jahre nach der Wende die alten verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Egal, wie schwer es den ewiggestrigen Seilschaften falle.

Dr. Alwin Haug

# In der DDR gelitten, aber „Erich und Margot“ aufgenommen

*Pfarrer Uwe Holmer nahm den uneinsichtigen Erich Honecker in seinem Pfarrhaus auf*

An Pfarrer Uwe Holmer aus Lobetal, der 1990 weltweit bekannt wurde, als er für zehn Wochen das Ehepaar Erich und Margot Honecker bei sich aufnahm, dürften sich heute nur noch wenige Deutsche erinnern. Er hat inzwischen die „Hoffnungstaler Anstalten“, die er seit 1983 leitete, nach acht Jahren verlassen und ist 1991 nach Serrahn bei Güstrow in Mecklenburg gegangen, wo er noch heute als Rentner lebt. Dort hat er auch am 6. Februar seinen 80. Geburtstag gefeiert und unter dem Titel „Der Mann, bei dem Honecker wohnte“ (220 Seiten) ein Buch veröffentlicht, das inzwischen die zweite Auflage erreicht hat. Dort kann man im neunten Kapitel (S. 132-154) nachlesen, wie die Aufnahme zweier Kommunisten, die nie für ihre Verbrechen bestraft wurden, im christlichen Pfarrhaus vonstatten ging.



**Uwe Holmer, inzwischen 80 Jahre, über die selbstlose Aufnahme der Honeckers in seinem Privathaus:**

*„Martin Luther soll die schwere Krankheit von Tetzl, seinem Gegner gemeldet worden sein. Er soll darauf geantwortet haben: Wenn mein Feind krank ist, ist er nicht mehr mein Feind. Ähnlich geht es mir: Einem starken Gegner zu widerstehen ist tapfer und oft genau richtig. Einem schwachen und geschlagenen Gegner noch eins drauf zu hauen, halte ich nicht gerade für stark. Gewiss, auch ich hätte mir ein faires Gericht für die Honeckers gewünscht. Aber meine Aufgabe war dieses nicht.“*

Auch wenn man der praktizierten Nächstenliebe des Pfarrerehepaars den Respekt nicht versagen kann, zumal acht ihrer zehn Kinder trotz bester Noten vom Besuch der „Erweiterten Oberschule“ und damit vom Abitur ausgeschlossen worden waren, so muss man dennoch einige Fragen stellen dürfen, die den an-

gemessenen Umgang mit gestürzten Diktatoren betreffen. Uwe Holmer ist, wie er schreibt, zwischen Weihnachten und Silvester 1989 von einem Sendboten der Ostberliner Kirchenleitung gefragt worden, ob er bereit wäre, zum 1. Februar 1990, wenn die Prominentensiedlung im nahe gelegenen Berlin-Wandlitz aufgelöst werden würde, „Margot und Erich“ (wörtlich!) bei sich aufzunehmen.

## Bücher Blick

Der seit Jahren vom atheistischen Staat bedrängte Pfarrer Uwe Holmer, der wahrlich handfeste Gründe gehabt hätte, das Ansinnen zurückzuweisen, hat sich die Entscheidung, dem gestürzten Diktator und seiner nicht weniger schuldigen Ehefrau, der einstigen „Ministerin für Volksbildung“, in Lobetal Asyl zu gewähren, nicht leicht gemacht. Wie er den Lesern im Honecker-Kapitel seines Buches mitteilt, hätte der am 18. Oktober 1989 zurückgetretene und durch Egon Krenz ersetzte Staatsratsvorsitzende, der im Krankenhaus auf eine Operation gewartet hätte, selbst den Ostberliner Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Vogel, seit 1964 in der Öffentlichkeit bekannt als Vermittler beim Freikauf von DDR-Häftlingen, angerufen und um Hilfe gebeten, eine Unterkunft zu finden. Eine dem Ehepaar in Ostberlin angebotene Mietwohnung zu übernehmen, so der Sendbote der Kirchenleitung, wäre nicht zumutbar gewesen, da sie „von aufgebrachtten Bürgern (hätte) gestürmt werden“ können. Deshalb hätte Wolfgang Vogel „bei der Kirche angefragt“, ob sie ihm, Erich Honecker, eine „vorübergehende Unterkunft“ hätte bieten können.

Wenn man das heute liest, so weiß man nicht, ob man das lächerlich oder unverschämt finden soll. Der „Arbeiterführer“ Walter Ulbricht floh am 17. Juni 1953 vor den aufständischen Arbeitern ins Hauptquartier der Sowjettruppen nach Berlin-Karlshorst, Erich Honecker und seine bei der Bevölkerung ver-

hasste Ehefrau Margot suchten Unterschlupf beim „Klassenfeind“ Kirche, die bis 1989, trotz des „Burgfriedens“ vom 6. März 1978 mit dem 1969 gegründeten „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“, gnadenlos verfolgt wurde. Die Entscheidung, die beiden Honeckers in Lobetal nördlich von Berlin aufzunehmen, hatte praktische und ethische Gründe. Das ganze Dorf gehörte der Diakonie und war nur von kirchlichen Mitarbeitern und ihren Schutzbefohlenen, zu denen dann auch „Erich und Margot“ gehörten, bewohnt. Allerdings konnten sie nicht, als sie am Abend des 31. Januar 1990 eingetroffen waren, im Altenheim untergebracht werden. Dort nämlich lagen bereits 60 Voranmeldungen für eine Aufnahme vor, die Unterbringung zweier führender Kommunisten außer der Reihe hätte man als erneute Privilegierung nach ihrem Sturz angesehen, was es auch gewesen wäre.

**Erich Honecker**, der 1979 offiziell erklärte, in der gebe es keine politischen Gefangenen, der die Welt öffentlich belog, es gebe an der „Staatsgrenze“ keinen Schießbefehl und keine Selbstschussanlagen, wurde 1989 in der ersten offenen Abstimmung von seinem Parlament abgewählt. Er musste, wie alle Polit-Bonzen, sein Haus in der Regierungs-Siedlung Wandlitz räumen und fand keine Möglichkeit des Unterkommens, da ihm von vielen Seiten Protest und Lynchjustiz drohte. Schließlich wurde er bei Pfarrer Uwe Holmer untergebracht, der 1953 selbst mit seiner Verhaftung hatte rechnen müssen, der im ideologischen System der DDR zahlreiche Nachteile hinnehmen musste. Trotzdem nahm Holmer den SED-Chef bei sich auf. Dies ist gleichsam als Zeichen der Versöhnung und der christlichen Einstellung zu werten. Holmer hat damit ein vorbildliches Beispiel des Aufeinanderzugehens gegeben. Allerdings warten die Opfer der SED-Diktatur bis heute vergeblich auf ein ähnliches, ernst gemeintes Zeichen der Täter. *A. R.*

Also stellte ihnen Uwe Holmer zwei Zimmer in seinem Privathaus, wo nur noch die beiden jüngsten Kinder lebten, zur Verfügung. Das ethische Motiv für die Aufnahme war Pastor Friedrich von Bo-

delschwings (1877-1946) Einstellung, der die „Hoffnungstaler Anstalten“ 1905 gegründet und eine Nachbildung Jesu Christi mit einladender Geste hatte aufstellen lassen. Seinen Mitarbeitern hätte er damals zugerufen: „Dass Ihr mir keinen abweist!“ Uwe Holmer verstand das als „Auftrag Gottes“.

Der Unmut über die Entscheidung des Pfarrers äußerte sich in rund 3.000 Zuschriften, zustimmend waren nur wenige. Die in Lobetal anreisenden Demonstranten, fast alle Opfer des Systems, führten Transparente mit wie „Keine Gnade für Honecker!“



*„Ich habe auch nie Sympathie für das System gehabt, sondern war empört über jede neue Unterdrückungs- und Abgrenzungsmaßnahme. Ich habe mich auch nie damit abgefunden, vor allen Dingen nicht damit, dass meine Eltern und Geschwister in Westdeutschland Ausländer sein sollten.“*

**Uwe Holmer** in einem persönlichen Schreiben an den Autor des hier abgedruckten Beitrags.

Als die beiden Oberkommunisten, von Freunden und Genossen verraten und verlassen, nach acht Wochen in einem staatlichen Ferienhaus in Lindow im Ruppiner Land untergebracht werden sollten, hätten die Anwohner das Haus stürmen wollen, weshalb „Erich und Margot“ wieder unterm Dach des Lobetaler Pfarrhauses Zuflucht gefunden hätten.

Hat Uwe Holmer durch seine Aufnahmebereitschaft die beiden Honeckers der irdischen Gerechtigkeit

entzogen? Das sicher nicht, aber wären sie vor Gericht gestellt und für ihre Verbrechen abgeurteilt worden, anstatt sie nach Chile entkommen zu lassen, hielte sich die Aufregung über dieses Buch in Grenzen. In seiner christlichen Alles-Verzeihen-Mentalität verbaut sich Uwe Holmer den Horizont für politische Einsichten und vermag, selbst SED-Opfer, nicht zu erkennen, wie Zehntausenden zumute war, die durch den Mauerbau 1961 um ihr Leben betrogen wurden, die dagegen aufbegehren und die nach unsinnigen Paragraphen des politischen Strafrechts wie „Republikflucht“ oder „staatsfeindliche Hetze“, die in keinem Gesetzbuch eines demokratischen Staates auftauchen, zu langen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Manche Wortwahl in diesem Kapitel zeigt dem bestürzten Leser, dass Uwe Holmer Sympathie aufkommen ließ für die vom Volk bedrängten Kommunisten. Wenn er etwa davon spricht, dass sie den „Zusammenbruch ihres Lebenswerks verkraften“ mussten. Was, bitte, ist das Lebenswerk eines vom Volk zu keiner Zeit demokratisch gewählten Diktators? In diesem Fall der Mauerbau 1961, Hunderte erschossener Flüchtlinge, überfüllte Zuchthäuser, staatliche Zensur und verfolgte Schriftsteller. Mitunter scheint regelrecht Mitleid aufzukommen, wenn Uwe Holmer davon berichtet, dass die „damals Regierenden beschimpft und angeklagt“ wurden. In klassischen Versöhnungsszenen sieht der Delinquent seine Schuld ein, zeigt Reue und wird geläutert. Die beiden Honeckers ließen davon nicht die geringste Spur erkennen, gaben sich verstockt und lehnten politische Gespräche ab. Sie hätten eine lebenslange Zuchthausstrafe verdient gehabt! *Jörg Bernhard Bilke*

## **Blindheit oder Verblendung?**

*Ex-DDR-Minister stellt die DDR als Paradies dar*

Mit einem misslungenen Versuch, die untergegangene DDR jungen Menschen zu erklären, hat sich Hans Bentzien, in der DDR Kulturminister und Redakteur, in einem an (s)eine Enkeltochter gerichteten Buch zu Wort gemeldet. Hier findet der Leser nicht mal Ansätze einer realistischen Aufarbeitung. *V.B.*

## **Nur „Totes Gestein“ und doch zu 25 Jahren Haft verurteilt**

*Mit 18 Jahren nach Bautzen. Eine gelungene Biografie von 1945 bis in die Gegenwart*

Ein Buch, das man so schnell nicht wieder aus der Hand legt, hat VOS-Kamerad Jürgen Laue geschrieben. In seinem auch optisch ansprechenden Werk „Du musst jetzt stark sein...“ schildert der inzwischen 79-Jährige seinen Lebensverlauf nach dem Kriegsende 1945, wobei er das eigene schwere Schicksal in die keineswegs einfache Situation seiner Familie nach dem Krieg geschickt einbettet und gleichzeitig einen Zusammenhang zu den schwierigen politischen Verhältnissen während der deutschen Teilung herstellen kann.

So wie viele andere Zeitgenossen musste sich die gesamte Familie Laue neu orientieren und einen Neuanfang machen, da der Vater – bis kurz vor Ende des Krieges als Werkdirektor in einer Druckerei in Altenburg (Thüringen) beschäftigt – nach der Demontage der Maschinen durch die Sowjets und die allgemeine Enteignung der Unternehmen arbeitslos geworden war. Ein einigermaßen ansprechender Arbeitsplatz für ihn findet sich schließlich in Lauter, nahe der sächsischen Stadt Aue. Dort setzt der 15-jährige Jürgen seine in Altenburg abgebrochene Schulzeit fort.

Aue war bekanntermaßen durch den Bergbau geprägt. Hier befand sich ein ergiebiges Abbaugelände für Uranerz, das die Sowjets mit der Besetzung der von ihnen verwalteten Zone für sich beanspruchten. Aus Uran, man weiß das längst, wird Material gewonnen, das sich auf dem Wege der Kernspaltung zur Erzeugung von Atomkraft verwenden lässt. Es dient sowohl für die Energiegewinnung wie auch für die Herstellung von Bomben mit verheerender Auswirkung auf menschliches Leben. Für die Sowjets, die sich als Mitgewinner des Zweiten Weltkrieges zur Weltmacht entwickeln wollten, sollten aus dem Uran Atombomben hergestellt werden. Zu jenem Zeitpunkt hatten die USA bereits Atomwaffen, was die Abwürfe auf die japanischen Städte Nagasaki und Hiroshima beweisen.

Mit Bomben dieser Art, zumal mit noch viel höherer Sprengkraft, konnte man nicht nur Städte, sondern ganze Landstriche, heutzutage sogar das gesamte Leben auf der Erde, auslöschen und im Handstreich einen Krieg entscheiden.

Jürgen Laue, obwohl er noch Schüler war, wusste dies auch damals schon, und er hatte sich trotz seiner Jugend schon gegen die Sowjets positioniert, denn es war abzusehen, dass durch das stalinsche Regime eine schier unüberwindliche Kolonialisierung der Menschen in diesem Teil Deutschlands, aus dem später die DDR wurde, erfolgen würde.



Durch einen Zufall und durch die Beteiligung seiner älteren Schwester Marlis gelangt der Oberschüler in den Besitz eines Klumpen Uranerzes, den er bei sich zu Hause aufbewahrt, um ihn an eine amerikanische Organisation weiterzugeben. Doch der Plan fliegt auf, Jürgen Laue und seine Schwester Marlis werden von den Sowjets verhaftet, das Uranerz wird nach einer Haussuchung „sichergestellt“ und zum „Beweismittel“ erhoben. Später stellt sich jedoch heraus, dass dieses „Beweismittel“ noch nicht mal Uran enthält, was freilich für die Anklagemethoden der Besatzer keine Bedeutung hat. Einmal gefangen, dies haben viele erlebt, beginnt die Maschinerie der stalinschen Militär-Justiz unerbittlich zu arbeiten. Jürgen Laue wird in eine überfüllte Zelle gesteckt, er wird zu Nachtverhören geholt und mit den Drohungen, Schlägen und Haftverschärfung zu den

Unterschriften genötigt, die sein Geständnis besiegeln, auch wenn er die Formulierungen (die auf Russisch abgefasst sind) fast gar nicht verstehen kann.

Die Strafhöhe beträgt 25 Jahre, dies ist ein Urteilsspruch (für „Beteiligung an einer illegalen Spionageorganisation“), für den der Jugendliche Laue im Grunde keine realistische Bewertung hat. Da jedoch fast alle Häftlinge mit Strafen in dieser Höhe abgefertigt werden, rechnet kaum jemand damit, diese gewaltige Zeitspanne voll verbüßen zu müssen. Und tatsächlich endet dann 1954 die Haftzeit, als Jürgen Laue vorzeitig aus dem Strafvollzug entlassen wird.

Was in diesen sechs Jahren an Erlebnissen und Erfahrungen auf den jungen Menschen einströmt, das kann man nun in dem Lebensbericht, der 2007 als Buch erschienen ist, mit Spannung nachlesen. Dem Autor ist hier ein geordnetes Werk gelungen, das auch einen Leser anspricht, der mit Literatur dieser Art nicht zum ersten Mal zu tun hat oder der sogar selbst in Haft gewesen ist. Das Buch enthält neben grundsätzlichen Informationen auch eine Menge Details, die der Autor individuell beansprucht. Zudem wird der Text immer wieder durch Fragen (eines fiktiven Außenstehenden) geöffnet und durch die konkret korrespondierenden Antworten bestimmt. Damit wird der Inhalt vor allem für die Menschen der heute jungen Generation interessant und überschaubar, der Leser kann bei Bedarf problemlos auf Stellen zurückgreifen, die er nochmals nachschlagen und vertiefen möchte. Ähnlich wurde übrigens auch in dem in dieser Rubrik ebenfalls angeführten Buch des ehemaligen DDR-Kulturministers Hans Bentzien verfahren. Der Unterschied: Im Buch von Bentzien wurden die Fragen fast ausnahmslos mit Polemik oder unrealistischen Beschönigungen beantwortet.

Jürgen Laue widmet einen großen Teil seines Buches auch der Zeit nach seiner Haftentlassung. Die Rückblicke schließen jene Lebensabschnitte mit ein, die er im Anschluss an die Haft in der Bundesrepublik und später bewältigt hat. So wurde Jürgen Laue als Mitglied der VOS von der Stasi überwacht und als feindliches Objekt geführt. Auch das Erleben der Wiedervereinigung

Deutschlands und die Öffnung und eine „informative“ Rückkehr“ in die

#### Die vorgestellten Bücher:

Uwe Holmer: Der Mann, bei dem Honecker wohnte  
ISBN 978-3-7751-4582-4. Euro: 14,95, 170 Seiten (*vorgestellt im Kanal Bayern alpha*)

Hans Bentzien: Warum noch über die DDR reden? – Sophies Fragen  
ISBN 978-3-360-01964-6  
Euro: 12,90 Euro, 177 Seiten

Jürgen Laue: Du musst jetzt stark sein  
ISBN 978-3-86805-322-7  
320 Seiten (mit zahlreichen Fotos und Dokumenten), 14,90 Euro

Bautzener Haftanstalt sind Teil der Schilderung. Viele Haftkameraden (ebenso einige Wächter und Haftaufseher) werden genannt, und auch die Mitglieder der Familie haben (mit Fotos) ihren Platz in diesem Buch erhalten. Manches mag dabei ein bisschen ins romantische oder private Fach schlagen, doch ist dies für den Leser durchaus hilfreich, auch die Gesichter der Beteiligten sehen zu können und – wie es ebenfalls zutrifft – Fotografien von den Haftanstalten und von anderen Gebäuden und Kopien vom Gerichtsurteil und verschiedenen persönlichen Dokumenten in dieser Biografie vorzufinden.

Das Buch mit der ISBN 978-3-86805-322-7 kostet 14,90 Euro, es ist diesen Preis auf alle Fälle wert.

*Alexander Richter*

### Geraer Gedenkstätte Amthordurchgang mit starkem Zulauf

■ Einen äußerst positiven Besucher-Trend verzeichnet die Geraer Gedenkstätte am Torhaus. Seit 2005 kamen mindestens 18.000 Interessierte, um sich über die Repressalien des NS-Regimes und der SED-Diktatur, die hier ihre Unrechtssysteme installierten, zu informieren. Auch junge Menschen, teils in Schulklassenstärke, informierten sich über die Geschichte des Hauses, über dessen Gestaltung bereits in der Fg zu lesen war. Wesentlichen Anteil an der positiven Entwicklung hat der Verein Amthordurchgang e. V., der viel für die Aufarbeitung der politischen Verfolgung in beiden Diktaturen tat.



## Der Freiheitsgedanke war mächtiger ...

*Eine Betrachtung über Sinn und Ergebnis einer Stasi-Überprüfung*

Dass so viele ehemalige MfS-Mitarbeiter heute im öffentlichen Dienst sind, ruft Entrüstung hervor. Die Medien haben ihre Schlagzeilen, und es wird mal wieder um Zahlen gestritten. Mich verwundert und ärgert das, weil nach meinem Ermessen mal wieder viel Energie für Oberflächlichkeiten verschwendet wird. Nehmen wir mal an, es würde zu einer erneuten Stasi-Überprüfung kommen; Kosten und Aufwand wären groß; wie aber sieht es mit dem Nutzen aus? Hätten wir dann einen „sauberen“ öffentlichen Dienst? Ich habe meine Zweifel, wenn ich an die Entscheidungen der Arbeitsgerichte denke.

Und, wie sieht es mit einer solchen Überprüfung in den Rathäusern oder bei der Polizei in den alten Bundesländern aus? Wenn ich

an die übergroße Macht der Wirtschaft und Banken denke, drängt sich mir die Frage auf, wie viele ehemalige MfS-Mitarbeiter wohl in deren Chefetagen und Aufsichtsräten sitzen werden. Und was ist mit den vielen ehemaligen MfS-Offizieren, die heute als Rechtsanwälte arbeiten?

Was würden mir die Zahlen nützen, wenn sie bekannt wären? Auf meine wichtigste Frage, wer von denen, die heute unter uns leben, wirklich und ehrlich mit seiner Vergangenheit gebrochen, und wer seine Schuld bekannt oder sogar aufgearbeitet hat, kann und werde ich keine Antwort bekommen. Für meine Inhaftierung damals 1947 war das MfS noch nicht zuständig, sondern das NKWD – aber das Leben in der Haft und speziell danach haben mir viele Genossen sehr, sehr schwer gemacht. Ich habe kein Bedürfnis, alles zu verzeihen – aber noch weniger Bedürfnis habe ich, meine Gedanken ständig um sie kreisen zu lassen. Natürlich hatte ich 1989 andere Vorstellungen, und oftmals will die Enttäuschung in mir wachsen.

Aber dann besinne ich mich auf das, was mir das Größte und das

Wichtigste ist: Die Roten haben es nicht geschafft, ein ganzes Volk auf Dauer zu unterdrücken – sie haben verloren! Der Freiheitsgedanke war größer und mächtiger. Mich macht es glücklich, dass sie mein Leben nicht bis ans Ende meiner Tage beherrschen. Dass die Gefahr vor Diktaturen niemals gebannt ist, hat die Geschichte bewiesen. Deshalb ist für mich viel wichtiger, kommenden Generationen die Augen zu öffnen. Hier kann ich vielleicht noch etwas bewirken.

Wie betete schon der Theologe Friedrich Christoph Oetinger vor mehr als 200 Jahren:

„Herr, gib mir Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann; gib mir den Mut, Dinge zu ändern, die ich zu ändern vermag, und gib mir die Weisheit, das eine vom andern zu unterscheiden.“

In diesem Sinne grüßt euch alle, eure Melanie. *Melanie Kollatzsch*

**Ann. d. Red.:** Unsere Kameradin Melanie Kollatzsch ist trotz der gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die sich aus über 15 Haftjahren bei ihr eingestellt haben, nicht nur für die Fg, sondern auch immer noch als Zeitzeugin (auch an Schulen) aktiv. *(Foto: A. Richter)*

## Staatsdiener sind bei Zusammenfügung nicht ohne weiteres austauschbar

*Überprüfungen auf Stasi-Tätigkeit notwendig*

☒ Dass eine Zusammenfügung zweier Teile eines Landes mit jeweils unterschiedlicher politischer und wirtschaftlicher Ordnung wieder zu einer Einheit nicht einfach und problemlos ist, genauso wenig wie kurzfristig realisierbar und mit Augenmaß und Feingefühl durchgesetzt werden muss und die Staatsdiener nicht ohne weiteres austauschbar sind, dürfte bekannt sein. Dann aber nach 15 bis 16 Jahren ein Gesetz, das Ende der Regelüberprüfungen der Stasi-Mitgliedschaft zu beschließen, genau wissend, dass die Birthler-Behörde immer mehr „Schweinereien“ aufdeckt, hilft nur denen, die sowieso Dreck am Stecken haben (sei es durch Denunziation, Folter, Zwangsadoption, Zwangsabtreibungen, Mauermorde etc. ausgeführt in Hohenschönhausen, Normannenstraße, Bautzen II, Oranienburg, Berlin etc.) Den Damen und Herren bei oft mangelndem Unrechtsbewusstsein einen neuen Beamtenvertrag mit Pensionsansprüchen zu geben und keine Korrektur zuzulassen, wirkt als Schlag ins Gesicht der Opfer und wird eine dringend notwendige Versöhnung in weite Ferne rücken und unnötig komplizieren. Es muss also sichergestellt werden, dass bei Bund und Ländern kein Verantwortlicher für die Unrechtstaten der DDR beschäftigt wird.

*Rüdiger de Salengre Drabbe, Königswinter*

## Gedenkwand nun doch ohne Hinweise auf tote Grenzer?

*Stiftung Berliner Mauer will sich eindeutig positionieren*

☒ Nach den Protesten der Angehörigen der Maueropfer gegen ein gemeinsames Gedenken mit den Grenzsoldaten der NVA, die bei ihrem Wachdienst ums Leben kamen, hat die *Berliner Stiftung Mauer* in einem Schreiben an Kameraden Fritz Schüler erklärt, dass sich in einer Tagung des Stiftungsbeirats die Mehrheit gegen eine Integration der getöteten Grenzsoldaten in das geplante „Fenster der Erinnerung“ ausgesprochen hat. Hierzu heißt es wörtlich: „Dieses Votum wird auch in den nächsten Stiftungsrat und damit in die ‚politische Ebene‘ unserer Stiftung getragen.“ Dennoch soll an den Tod der Grenzer auf anderer Stelle hingewiesen werden, da gegen ein historisches Erinnern nichts einzuwenden sei.

### Das Zitat:

Die SED haftet an meiner Handfläche, sie war die Eiskälte, so dass die Bilder der Leidenschaft festkleben. *Andreas Kaiser, Bonn*

# Die Aufarbeitung der Verbrechen muss vor den Gesetzen kapitulieren

Wir meinen, selbst wenn erneute Überprüfungen tatsächlich realisiert werden, muss es ausgehen wie das legendäre „Hornberger Schießen“. *„Wir haben Gerechtigkeit gewollt, aber den Rechtsstaat bekommen“*. Zu den unverzichtbaren Merkmalen des Rechtsstaates gehört die Möglichkeit des Einklagens von Gesetzesbestimmungen (*wenn denn in Verfahren unterer Instanzen vermeintlich gegen Gesetzestexte verstoßen wurde oder deren Auslegung zu einer vermeintlichen Rechtsbeugung führte*) und das Rückwirkungsverbot, welches besagt, dass Bestrafungen nur vorgenommen werden können, wenn zum Zeitpunkt eines vermeintlichen Gesetzesverstößes im Hoheits-Gebiet, in dem der vermeintliche Gesetzesverstoß geschah, eine Handlung auch unter Strafandrohung stand.

Die *„Macher des Einigungsvertrages“* haben sich darauf *„geeinigt“* dass bei der juristischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit stets das für den „Täter“ günstigere Gesetz der Bundesrepublik Deutschland **oder** der DDR anzuwenden ist. Auf die Möglichkeit der Ahndung von Verstößen gegen die Menschenrechte wurde, *mit dem gedanklichen Hinweis, dass die Bundesrepublik diese Möglichkeit bei der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nicht nutzte (nur die alliierten Gerichte)* und dies deshalb auch am Ende der viel länger und intensiver einwirkenden realsozialistischen Diktatur ebenfalls nicht geschehen sollte. Hinzu kommt, dass in höchstrichterlichen Sprüchen nicht nur der Gesetzestext von DDR-Gesetzen oder Verfassungsartikeln zur Messlatte erklärt wurde, sondern darüber hinaus die *„äußerst willkürlichen gewohnheitsmäßigen Auslegungen der DDR-Gesetzesinhalte in der DDR-Spruchpraxis“* als Basis für eine ungeheuerliche Freispruchpraxis bei der Verfolgung von DDR-Unrecht gesetzt wurde. Der Einigungsvertrag befasst sich in seinem Artikel 17 mit den Opfern der realsozialistischen Diktatur und legt deren Rehabilitierung und die Absicht einer angemessenen Entschädigung fest. Über eine Viertelmillion „von politischer Verfolgung Betroffene“ (oft Opfer genannt) sind mittlerweile rehabilitiert. Für die Täter jedoch erfolgte, wie oben dargelegt von vornherein eine kalte Amnestie im Einigungsvertrag und den höchstrichterlichen (urteilaufhebenden) Sprüchen bei eventuellen Täterverurteilungen nach dem reinen Gesetzestext.

Die unlängst „wieder einmal“ entdeckten Beschäftigungen diverser Stasimitarbeiter seit nunmehr 20 Jahren in vielen Behörden, Institutionen, Betrieben sowie insbesondere in Polizei und Staatsschutz sind doch keine wirklichen Neuentdeckungen. Und – es sind doch auch absolut nicht nur die Stasibediensteten und deren willfähige Zuträger, die in der DDR im erheblichen Umfang, staatlich sanktioniert, Unrecht ausübten. Gehen wir in viele Verwaltungen so begegnen uns doch von Schreibtisch zu Schreibtisch die willfähigen Vollstrecker der DDR-Diktatur. Nicht anders, häufig die Nomenklatura-Apparatschiks, die sehr schnell vom „Genossen VEB-Direktor“ zum „Herrn Geschäftsführer“ mutierten. Wobei wir stets davon ausgehen, dass nicht alle „Nomenklatura-Kader“ auch automatisch alle Unrecht taten. Es gab gar nicht so wenige *„Mensch geliebene Genossen“* von denen wegen dieser Eigenschaft allerdings auch nicht wenige irgendwann „über die Klinge sprangen“.

**Fazit:** Die Täter der realsozialistischen Diktatur haben keinerlei Unrechtsbewusstsein, weil ihre Verbrechen, wegen des im Rechtsstaat geltenden Rückwirkungsverbots, schon im Einigungsvertrag weitestgehend nicht verfolgbar gemacht wurden. Sie wurden somit, im Gegensatz zu den wenigen NS-Tätern (die vor alliierten Gerichten standen), auf kaltem Wege amnestiert.

Damit sind DDR-Justizmorde und DDR-justizgedeckte Freiheitsberaubungen, Zersetzungmaßnahmen der Stasi, menschenunwürdige Haftbedingungen, Einbruch in die Privatsphäre, Postdiebstahl und Verletzung des Telefon- und Briefgeheimnisses, massive Eingriffe in die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten und

noch vieles andere mehr, nicht verfolgbar und die Täter damit zu „unbescholtenen Bürgern“ erklärt. Mit der fehlenden Ächtung der Verbrechen der realsozialistischen Diktatur können die Täter straffrei und ungeniert ihre Opfer verhöhnen, verleumden und diffamieren sowie sich die Deutungshoheit über die SBZ/DDR Geschichte zwischen 1945 und 1989 anmaßen und für eine Wiederholung ihres Sozialismusexperiments werben.

## Zitate zum Thema:

Es ist unmöglich, alle Verbrechen zu ahnden. *Alexander I. Solschenizyn*

„Wenn ein Gewaltregime abgelöst wird durch eine Demokratie, kommen die Täter davon. Das gilt nicht nur für das Deutschland nach Hitler, es gilt für das Italien nach Mussolini, es gilt für das Spanien nach Franco, es gilt für das Portugal nach Salazar, es gilt für alle faschistischen Regimes in Südamerika, es gilt – auch da ist bisher nichts tabuisiert – für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Und die Leute, die normale Menschen in Geistesheilanstalten gesteckt haben, leben ja noch – aber die Bestrafung der Täter ist vollkommen tabu. *Ralph Giordano*

„Wenn von Völkern oder einer großen Menge gesündigt wird, so pflegt dies ungesühnt durchzugehen, da wegen der großen Zahl nicht gegen alle vorgegangen werden kann. Deshalb, so sage ich, muss das Vergangene dem Urteil Gottes überlassen bleiben und für die Zukunft mit aller Strenge vorgebeugt werden.“ *Papst Innozenz I.* im Jahre 1414

„Niemand (...) wird glauben, dass ich einen Mord begangen habe.“ *Karl-Heinz Kurras, erschoss Benno Ohnesorg und war IM des MfS*

## Zusammenfassender Nachsatz zur „Stasi-in-Behörden-Diskussion“

Es ist, wie bei allen Diktaturablösungen durch einen Rechtsstaat, auch 1989/90 wieder einmal nicht gelungen, die Unterdrückungshelfen der Diktatur zur Rechenschaft zu ziehen und sie von den Entscheidungshebeln fernzuhalten (und damit ist nicht nur die zum sozialistischen Buhmann erklärte Stasi zu zählen).

Aber es sollte wenigstens gelingen, im Sinne des oben zitierten Papstes für die Zukunft mit aller Strenge [z.B. mit dem veränderten § 130] vorzubeugen. Darüber hinaus sollten die Opfer großzügiger als bisher gewürdigt werden.

Wir, die Betroffenen der politischen Verfolgung, (nicht nur durch die Stasi), versprechen uns von einer erneuten Überprüfung keine übermäßig großen Ergebnisse. Sicher wird der eine oder andere besonders gravierende Fall der sich durch eine inzwischen fortgeschrittene Aufarbeitung der Stasi-Hinterlassenschaften noch zu einer berechtigten Entfernung eines 20 Jahre lang weiter tätig sein dürfenden stark belasteten Stasi-Mitarbeiter/Informanten führen, aber wie gesagt, es wird nur wenige betreffen können.

Überhaupt keine Konsequenzen dürften alle nicht mit der Stasi verbundenen Fälle haben. Zum Beispiel eine Jugendamts-Leiterin/Mitarbeiterin, die aus rein politischen Gründen Eltern/Elternteilen das Sorgerecht für ihre Kinder entzog, kann heute denselben Eltern bei deren Antrag auf Auffindung der Kinder gegenüber sitzen. Einfach eine gar nicht unreaale Horrorvorstellung. Auch die Mär von einer vor 20 Jahren durchgeführten rechtsstaatlichen Überprüfung hat doch gewaltige Löcher.

Beim Überprüfen wurde nicht etwa vom geschriebenen DDR-Gesetzestext ausgegangen sondern von deren systemimmanenten, durch Ausführungsbestimmungen praktizierten Beugung der Gesetze. Höchststrichterliche Urteile sprechen davon, dass auch eine ausgesprochene, laut Gesetzestext nicht zulässige Aussprache einer Todesstrafe, – unter den Bedingungen des kalten Krieges – noch nicht als Rechtsbeugung ausgelegt werden muss.

Ist auch die Juristische Aufarbeitung gescheitert, so bleibt dennoch die moralische Schuld unantastbar bestehen. Deshalb sollten es auch in aller Zukunft Täter und Taten genannt werden dürfen und die Opferwürde geschützt werden. *Wolfgang Stiehl*



## Mit 89 Jahren noch nachweispflichtiger Unternehmer geworden?

*Heinz Richter erhält ominöse Behördenpost zur Opferrente vom Regierungspräsidium Darmstadt*

Die Opferrente, auch Ehrenpension genannt und im offiziellen „behördendeutsch“ als *Besondere monatliche Zuwendung* ... festgeschrieben, wird nun seit fast zwei Jahren gezahlt. Eigentlich sollte alles ganz klar und vor allem unkompliziert sein. Wir erinnern uns gut, wie wir um diese 250 Euro gekämpft haben und wie wir nach einem ersten Entwurf erreichen konnten, dass wenigstens für Anspruchsberechtigte im Rentenstand kein Bezug zum Einkommen hergestellt werden muss und somit eine jährliche Vorlage der Einkommensbescheinigung entfällt. Denn gerade für ältere Menschen, zumal unter anhaltendem Hafttrauma leidend, wird es immer schwerer, den Anforderungen der Behörden nachzukommen.

Nichtsdestotrotz verhalten sich die Behörden nicht in jedem Falle so, wie es die gesetzlichen Festlegungen erfordern. Auch Rentner sollen – obwohl laut Gesetz dazu nicht verpflichtet – der Aufforderung zur Vorlage von Einkommensnachweisen nachkommen.

Das jüngste Beispiel durfte unser Kamerad Heinz Richter aus Hessen erfahren. Nachdem er selbst über Jahre für die Gewährung der Ehrenpension für ehemalige politische

Häftlinge des DDR-Regimes und der SBZ gekämpft hat und zu den Ersten gehörte, die sie nach Verabschiedung des Gesetzes erhielten, wurde ihm kürzlich ein unerwarteter Brief zugestellt, in dem es heißt, er möge „zur Prüfung der gegenwärtigen Einkommenssituation aktuelle Einkommensnachweise (Einkommenssteuerbescheide) binnen eines Monats nach dem Datum dieses Schreibens“ vorlegen. Zudem erhielt Heinz Richter als Anlage einen doppelseitig bedruckten Fragebogen, in dem diverse Angaben zu machen sind, die er erstens als Rentner gar nicht machen müsste, und die zweitens auf einen 89-Jährigen kaum zutreffen dürften. So werden unter anderem Angaben zu Kinder- oder Elterngeld verlangt oder es wird nach Einkünften aus Land- oder Forstwirtschaft gefragt. Unter der Rubrik „Vom Einkommen absetzbare Beträge“ stehen dann auch Fragen wie „Welches Verkehrsmittel benutzen Sie?“ bzw. „Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte“. Dies sind nur einige Rubriken aus einer Vielzahl geforderter Angaben.

Natürlich wissen wir längst, dass es auch für die Behörden, die mit der Bearbeitung der Anträge auf die

Ehrenpension beauftragt waren, nicht ganz leicht war, innerhalb kurzer Frist im Sinne der Anspruchsberechtigten zu handeln, damit die Zahlungen möglichst schnell erfolgen konnten. Doch die hier praktizierte Verfahrensweise ist nicht nur für den direkt Betroffenen unverständlich. Oder glaubt tatsächlich jemand beim Regierungspräsidium Darmstadt, dass ein, wenn auch körperlich rüstiger und geistig sehr reger 89-Jähriger noch einmal ein wirtschaftlich eigenständiges Unternehmen gegründet haben sollte, geschweige denn dass er in eine Situation geraten sei, die ihn zur Unterhaltszahlung von Kindern verpflichtet?

Sicherlich handelt es sich seitens der Behörde um eine Unachtsamkeit. Es sei denn, auch dies wäre denkbar, man wollte auf diese Weise testen, ob der Anspruchsberechtigte überhaupt noch am Leben ist und die Zuwendung weiter gezahlt werden müsse. Dies freilich ist dann keine gute Methode, sich zu informieren. Heinz Richter nämlich hat sich gewaltig erschrocken. Und das, so unverständlich das Anschreiben erscheint, dürfte sicherlich auch die Behörde nicht beabsichtigt haben. *Valerie Bosse*

### *Horst Köhler dankt Johannes Rink:*

**„Für Ihre Glückwünsche zu meiner Wiederwahl danke ich Ihnen sehr herzlich. Über die vielen Beweise der Zustimmung und der Verbundenheit habe ich mich sehr gefreut. Ihr Vertrauen in meine Person bestärkt und ermutigt mich für meine weitere Arbeit.“**

*Horst Köhler, Bundespräsident  
Am 29. Juni 2009*

*Schreiben an den Bundesvorsitzenden der VOS Johannes Rink, anlässlich der Glückwünsche des Bundesvorstandes der VOS zur gewonnenen Wahl Horst Köhlers zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland*



**Heinz Richter (l.) bei einer Gedenkfeier zu Ehren der Kommunismus-Opfer.** Die Inschrift auf dem Gedenkstein lautet: Den Opfern der Kommunistischen Gewaltherrschaft in den Bautzener Gefängnissen zum Gedenken – den Lebenden zur Mahnung.

(Foto: privat, wurde Anfang der 1990er-Jahre aufgenommen)

## Nach Jahren wieder vor einem Fenster ohne Gitter aufgewacht

*Dr. Jörg Bernhard Bilke, ehemaliger politischer Gefangener beschreibt für ein englisches Journal den Freikauf aus der DDR-Haft*

Wir Waldheimer Häftlinge (berüchtigtes Zuchthaus Waldheim in Sachsen), die freigekauft worden waren, sind am 21. August 1964 von Waldheim nach Berlin-Hohenschönhausen gebracht worden. Gefahren hat uns die Staatssicherheit. In Berlin-Hohenschönhausen waren wir drei Tage. Am 24. August wurden wir in das Gefängnis Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg gebracht. Höhere Stasi-Offiziere erklärten uns (jedem Gefangenen einzeln), wir würden jetzt „wegen guter Führung“ entlassen.

Am Morgen des 25. August bestiegen wir zwei Busse (es waren auch weibliche Häftlinge dabei!) und fuhren über das Hermsdorfer Kreuz nach Wartha-Herleshausen (Grenzübergang Thüringen – Hessen). Wenn wir, so hatte uns die Stasi gesagt, auf den Autobahnparkplätzen von Westberliner oder Westdeutschen gefragt würden, wer wir wären, sollten wir antworten, wir wären eine „westdeutsche Reisegesellschaft“. Aber die beiden Busse hatten DDR-Kennzeichen!

Bei Jena stieg die mitfahrende Stasi aus und die Rechtsanwälte Jürgen Stange/Westberlin und Dr. Wolfgang Vogel/Ostberlin in den Bus. Sie verwarnten uns, wir sollten nicht über unseren Freikauf reden, keine Interviews geben, keine Artikel schreiben. Sonst wäre der Freikauf weiterer Häftlinge gefährdet. Die DDR hat durch den Freikauf bis 1989 rund drei Milliarden Westmark bekommen (und ist dennoch zusammengebrochen!).

In Wartha warteten auf uns Westbusse mit Hanauer Nummer. In Herleshausen stieg Rechtsanwalt Alfred Musiolik (es war inzwischen dunkel geworden) in den Bus und teilte uns mit, wir führen jetzt in das Schloss Büdesheim, wo wir übernachten würden, morgen würden wir dann entlassen. Unterwegs, es war bereits nach Mitternacht, hielten wir noch einmal und bekamen Beutel mit belegten Brötchen, Milch und Zigaretten.

Am nächsten Morgen beim Aufwachen sahen wir nach Jahren wieder ein Fenster ohne Gitter! Wir gingen zum Frühstück, tranken Kaffee (wobei das Herz unglaublich klopfte, denn wir hatten jahrelang keinen Kaffee mehr bekommen!) Dann hörten wir uns drei Reden an (Vertreter der Bundesregierung, der Landesregierung, der Lagerleitung), die uns erklärten, was für „tolle Kerle“ wir seien (Einsatz für Freiheit und Demokratie!). Ich bekam 600 Westmark in die Hand gedrückt (Begrüßungsgeld, Kleidergeld, Reisegeld) und bestellte mir ein Taxi nach Bruchköbel bei Hanau.

Drei Tage nach meiner Ankunft bekam meine Mutter einen Brief aus dem Zuchthaus Waldheim, dass sie mich jetzt wieder besuchen dürfte.

Einige Tage später stand im SPIEGEL ein Artikel „Gegen Südfrüchte“, worin stand, dass die Bundesregierung von der DDR-Regierung über Mittelsmänner 800 Häftlinge gegen 32 Millionen Westmark gekauft hätte. Es wurden aber keine Devisen gezahlt, sondern Südfrüchte, Tabak und Düngemittel geliefert.

*Dr. Jörg Bernhard Bilke*

## Ein längst überfälliger Besuch

*Zum Gedenkstättenbesuch der Kanzlerin in der ehemaligen Stasi-Haftanstalt in Berlin*

☒ Ich war sehr angetan vom Besuch der Bundeskanzlerin in Berlin-Hohenschönhausen, der Gedenkstätte für die Opfer der ehemaligen Staatssicherheit, habe aber einige Bemerkungen dazu. Ich denke, bei aller Würdigung war der Besuch längst überfällig.

Der alte und neue Bundespräsident Professor Dr. Horst Köhler legte bereits bei einem Gedenkbesuch im November 2007 einen Kranz nieder, mit keiner Zeile wurde daran erinnert. Ein weit früherer Besuch hätte wahrscheinlich die niedere „soziale Opferrente“ Ende 2007 beeinflussen können. Die Höhe der Opferrente wäre näher an den Einigungsvertrag herangerückt.

Noch aber ist es Zeit, für die Erfüllung der eingebrachten Punkte von 1 bis 3, die der Kanzlerin bei ihrem Besuch im Beisein vom Vorstand der VOS Johannes Rink, Carl-Wolfgang Holzapfel und Hugo Diederich übergeben worden sind. Aber sollten sie nicht jetzt in unserem Sinne einer positiven optimalen Lösung zugeführt werden? Ich frage, wenn nicht jetzt, wann dann? Es darf nicht – wie in der Vergangenheit oft geschehen – nur im kleinen Kreis geredet werden. Es müssen Taten folgen!

In den letzten Monaten wurde festgestellt und auch belegt, für alles und nichts ist Geld vorhanden, aber es erfolgte wie normalerweise üblich, kein selbstschuldnerisches Haft. Wir dagegen haben wegen politischen Widerstands mit jahrelanger Haft bezahlt und unsere Gesundheit hat stark gelitten. Ich werde auch weiterhin interessiert die politischen Geschehnisse verfolgen und verbleibe

*Bernhard Plocharski*

## Ein gutes Angebot zur Vergegenständlichung des Schulstoffes

*Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen verzeichnet im Juni weiter gestiegene Besucherzahl*

Auch im Monat Juni ist eine Zunahme des Interesses an der Gedenkstätte für die Opfer des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen zu registrieren. Das von Dr. Hubertus Knabe geleitete Museum verzeichnete einen Besucheransturm von 36.000 Menschen. Bemerkenswert ist die ebenfalls stark steigende Tendenz ausländischer Touristen, die sich über die Machenschaften des kommunistischen Unrechtsregimes informieren möchten. In der Statistik des ersten Halbjahres wird der Anstieg ausländischer Besucher mit 18 Prozent bemessen.

Nach wie vor kommen auch immer noch Schulklassen, die im Rahmen von Exkursionen oder zur Dokumentierung des Geschichtsstoffes durch die Räumlichkeiten geführt werden. Dies ist zum einen bemerkenswert, andererseits muss man natürlich die Frage stellen, warum diese Möglichkeit zur Aufarbeitung nicht noch mehr genutzt wird, zumal ehemalige politische Häftlinge für diese Führungen eingesetzt werden und die Vermittlung des Stoffes damit besonders authentisch wird. Erfreulich die Flexibilität der Gedenkstättenleitung, die nun ihr englischsprachiges Informationsangebot erweitert hat. Zu empfehlen ist auch ein Abstecher in die angegliederte Buchhandlung, in der reichlich Literatur zum Thema Haft angeboten wird.

*B. Thonn*

## Stasi wurde nach 1989 zum Blitzableiter – schuldig waren viele

*Mahnen, wachrütteln und den Finger in die Wunde legen – nur so stärken wir die Demokratie*

Alte Stasi-Seilschaften, Putins Renaissance des Stalinismus, eine neue kommunistische Partei in Deutschland mit alten Kadern, Morde in Russland an Memorialmitarbeitern usw. – Zieht da eine neue Gefahr für Deutschland und Europa herauf?

Alles fängt harmlos an, und wer hätte beispielsweise Hitler 1923 im Zuchthaus Landsberg eine Chance gegeben, die Herrschaft über Deutschland zu erlangen und die Welt in ein Chaos zu stürzen?

Kommunismus/Stalinismus, das ist mit dem Nationalsozialismus durchaus vergleichbar, denn wodurch unterscheidet sich ein Ermordeter der einen Ideologie von einem Toten der anderen?

Wenn heute der Massenmörder Stalin in Russland verherrlicht wird, und Moskau duldet das, so stimmt etwas nicht. Von einer Demokratie kann man in Russland nicht sprechen, und dabei hatten wir doch alle 1989/1990 so große Hoffnungen.

Unsere Aufgabe in Deutschland muss es sein, unsere Demokratie hier zu unterstützen. Das heißt, wir müssen die Kommunisten und die Neo-Nazis zurückdrängen, aber auch unsere gewählten Mächtigen darauf hinweisen, dass ehemalige Stasi-Mitarbeiter nichts im Staatsdienst zu suchen haben.

Das MfS (Ministerium für Staatssicherheit) war „Schild und Schwert“ der Staatspartei SED. Das bedeutet, höhere SED-Chargen sind mindestens genauso schuldig an diesem Unrechtsstaat DDR wie die Stasi. Diese Schuld wird bis heute von vielen SED-Mitgliedern verdrängt, und die Stasi wurde nach 1989 zum Blitzableiter des SED-Staates.

Nach dem Ende des Nationalsozialismus sind viele Hoheitsträger ohne Strafe für ihre Verbrechen davongekommen, und 1989/1990 war es mit den SED-Kommunisten ebenso. Das Schlimme: Nach einer Diktatur wird schnell vieles verdrängt, da die Menschen alsbald vieles vergessen haben und sich mit dem neuen System arrangieren müssen. Deshalb ist es die Aufgabe der Opfer, immer wieder zu mahnen und den Finger in die Wunde zu legen. Stärken wir unseren demokratischen Rechtsstaat, wir haben nichts Besseres.

*Jörg Petzold*

### Suchmeldung

Wer kann helfen?

*Welcher Hafikamerad aus Bautzen, Saal I an den Schlager-Chor der*

### MARABUS

Wer kennt:

**Ernst Hohl** (vermutlich aus Halle/S.)

**Johannes Frohmann** (vermutlich NRW)

**Wilgo Mattuscheck** (vermutlich Barth)

**Gebrüder Kallies** (vermutlich Potsdam)

Meldungen an Waldemar Moritz,

Lüdtgoweg 2, 10587 Berlin

oder an an VOS-Bundesgeschäftsstelle

der kommentar

## Der Kommunismus und die EU

*Kann es zur Kollision von EU-Recht und deutschem Staatsrecht kommen?*

Wie bekannt wurde, hat das EU-Parlament mit deutlicher Mehrheit beschlossen, einen europäischen Gedenktag für die Opfer aller Diktaturen einzuführen. Dieser ist auf den 23. August datiert. Somit hat auch das Europäische Parlament sowohl den Nationalsozialismus wie auch den Kommunismus als gleichwertig menschenfeindliche Regime festgestellt.

Eine solche gleichberechtigte Vertretung der Interessen von Opfern beider Diktaturen kann in Deutschland aber niemals im Sinne des neuen EU-Beschlusses erfolgen, weil dem die Auslegung des § 130 StGB entgegensteht, welcher eine Gleichbehandlung beider deutscher Diktaturen nicht zulässt. Das heißt im Klartext, dass die Opfer der kommunistischen Diktatur immer noch im Nachteil sind und dass beispielsweise auch Polizei und Gerichte in Fällen von Geschichtsleugnung und Verhöhnung der Opfer ihre Arbeit nicht so durchführen können wie es eigentlich zu wünschen wäre, weil EU-Recht und deutsches Staatsrecht kollidieren. Ich sehe hier dringenden und vor allem grundsätzlichen Klärungsbedarf, denn die bisherige Anwendung des § 130 StGB käme ja dann praktisch einem Boykott des neuen EU-Beschlusses gleich!

Hier sollten wir ansetzen.

*Ernst Flinscher*

## Eine hervorragende gegenständliche Dokumentation

*Das DDR-Museum in Pforzheim bietet mehr als nur eine Hobby-Sammlung*

Es ist nicht nur der Leiter der Opfergedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der den Namen Knabe in Bezug auf die Aufarbeitung der DDR bekannt gemacht hat. Nicht nur DDR-Opfer wissen um das schöne Museum in Pforzheim, das der dort beheimatete VOS-Kamerad Klaus Knabe in Eigeninitiative und mit mancherlei Unterstützung von Kameradinnen und Kameraden einrichten konnte. Hier findet sich vieles, das in der DDR heimlich eine Rolle spielte oder das er aus Konsumtionsgründen kannte oder – in Ermangelung der Kaufmöglichkeit – wenigstens gern kennen gelernt hätte.

Zu sehen sind hier Selbstschussanlagen (SM 70), Fahnen, Möbel, die Auszeichnung für das beste Brigadetagebuch, so genannte Delikatessen oder sonstige Relikte. Auch eine nachgestaltete Gefängniszelle kann besichtigt oder das Motorgeräusch eines Trabis angehört werden. Drei Etagen wurden inzwischen ausgebaut, und immer noch sind nicht alle Exponate untergebracht. Um den wirklichen Zeitgeist der DDR darzustellen, hat Klaus Knabe dem Wirken der Stasi mit Vernehmerraum und Aktenkopien einen besonderen Platz eingeräumt. Ebenso sind die Grenzanlagen nachgestellt. Den Museumsgast gruselt es, dennoch durchwandert er mit Neugierde und Interesse die Räumlichkeiten. Wer als VOS - Bezirksgruppe, als Familie oder auch als Einzeltourist noch ein höchst spannendes Reiseziel sucht, hier könnte er es finden. (Infos im Internet oder bei der VOS). *B. Thonn*

## Als 14-jähriger Schüler schon Scharführer bei der SS gewesen?

*Über die immer noch anhaltende Absurdität der Beschuldigung von vermeintlichen Nazi-Tätern und die Schwierigkeiten bei der Rehabilitierung von nicht verurteilten Internierten*

*Ein Kommentar von Prof. Dr. Udo Ehling*

Am 27. April 2008 hielt Tobias Baumann in Neubrandenburg einen Vortrag vor der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen mit dem Titel „60 Jahre Auflösung des Speziallagers Nr. 9 Fünfeichen.“ Diesen sehr interessanten und eindrucksvollen Vortrag hat die AG im April 2009 veröffentlicht. Am Schluss des Artikels heißt es u. a.: „Wonach schließlich immer wieder gefragt wird, sind die Personalakten der operativen Gruppen und Sektoren, also der Geheimdienstverwaltung. Hier wollen ehemalige Gefangene vor allem mehr über ihre persönlichen Haftgründe erfahren und sozusagen Gewissheit über die wahren Gründe bekommen. – Ich kann Ihnen jedoch bisher nichts Positives berichten. Die Bestände der Operativen Sektoren und der Operativen Gruppen des NKVD sind nach wie vor nicht zugänglich. Die Verhörprotokolle mit den Haftgründen sind in diesen Beständen zu finden. Einige ehemalige Gefangene bekamen diese Protokolle und Personalakten zur Kenntnis, jedoch nur in den Fällen der Rehabilitierung durch die russische Staatsanwaltschaft. Grundsätzlich konnten aber nur diejenigen rehabilitiert werden, die auch verurteilt worden waren. Für nicht Verurteilte sieht die heutige Rechtsordnung keine Rehabilitierung vor, also auch keine Einsichtnahme in die Personalakten.“

Diese Aussage sollte die ehemaligen Internierten aber nicht zu einer defätistischen Haltung verführen, im Gegenteil, sie sollte uns Ansporn sein, die Mutlosigkeit zu überwinden und einen Antrag bei der Militärhauptstaatsanwaltschaft zu stellen. Ich war interniert und wurde aus diesem Grund auch nicht rehabilitiert, aber die Militärhauptstaatsanwaltschaft der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation hat mich durch eine Bescheinigung über die Gründe meiner Verhaftung informiert. Diese Begründung hat mich völlig über-

rascht, wenn es darin heißt: „Dass der deutsche Staatsangehörige Udo Eling, geb. 1928 in Zeddenick (die fettgedruckten Namen sind keine Tippfehler sondern entsprechen der Vorlage), Kreis Templin, Provinz Brandenburg, deutscher Volkszugehörigkeit, wohnhaft in Zeddenick, auf administrativem Wege am 5. Juli aufgrund einer Anordnung der operativen Gruppe der NKWD der UdSSR für den Kreis Templin verhaftet und in ein Sonderlager eingewiesen, d. h. interniert, wurde, weil er von 1940 bis 1945 den Posten eines Scharführers (Leiter) in der faschistischen Jugendorganisation ‚Hitlerjugend‘ in Zeddenick bekleidet und dort aktiv an der Umsetzung von Beschlüssen der faschistischen Regierung Deutschlands mitgearbeitet hatte.“ Auf Grund meines richtig zitierten Geburtsjahrganges ist es schwer vorstellbar, wie ich als Schüler aktiv an der Umsetzung der Beschlüsse der faschistischen Regierung mitgewirkt haben konnte. 1940 konnte ich auch noch nicht Scharführer sein, da es diesen Dienstrang im Deutschen Jungvolk nicht gab. Vom 13. März 1944 bis 24. März 1945 war ich Marinehelfer und nicht in meiner Heimatstadt.

Am Rande sei nur erwähnt, dass ich nicht am 5. Juli 1945 verhaftet wurde, sondern schon am 24. Juni 1945. Laut Bescheinigung wurde ich „am 19. April 1948 aus dem Lager Nr. 4 des Innenministeriums der UdSSR in Deutschland entlassen und an seinen Wohnort geschickt.“ Meine Entlassung aus dem Zuchthaus Bautzen erfolgte leider erst am 30. Juli 1948. Ausführlich habe ich „meinen Fall“ in der Broschüre: „Interniert in Fünfeichen, Brest Litowsk, Bautzen – aber nicht rehabilitiert“ (2008) dokumentiert. In der DVD der AG Fünfeichen „Lager Fünfeichen – sechzig Jahre danach“ wurde meine Bescheinigung von der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft eingebündelt.

Zitat: „Ich finde es vollkommen unangemessen und menschlich nicht verständlich, dass man im Angesicht der Opfer des KZ Sachsenhausen gleichzeitig auch der Opfer des sowjetischen Lagers gedenkt, unter denen sich, so sagen es uns die Historiker – eben auch viele Nazi-Größen und ehemalige Lager Aufseher befanden.“

**Günter Baaske, Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg**

Erläuterungen hierzu im Beitrag von Prof. Dr. Udo Ehling

## Es ist wie in einem Tollhaus

*Ehemalige MfS-Leute im Öffentlichen Dienst*

☒ Ich werde am 27. August 83 Jahre alt und empfinde es als total verdrehte Welt, wenn heutzutage noch Stasi-Leute im Öffentlichen Dienst, sogar als Bewacher von Frau Merkel, tätig sind.

Als ich 1950 in Rudolstadt vor Gericht stand, zeigten bei der Verhandlung hinter meinem Rücken zwei Stasi-Offiziere dem Richter fünf Finger. Dies bedeutete: fünf Jahre Haft für mich zu verhängen. Für einen West-Bürger (der ich war) als Spion in der DDR gerade die richtige Strafe. Die Richter hegten übrigens Zweifel an dieser Strafhöhe. Jedoch die Stasi-Typen mit dem VVN-Abzeichen (Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus – d. Red.) setzten sich durch.

Ich nannte dies ein „Schandurteil“. Ein ganzes Jahr hatte man mich nach dem Urteil in allen Dreckecken versteckt. Kein Kontakt zu Angehörigen. Details möchte ich wegen meiner ohnehin ruinierten Gesundheit nicht nennen. Nun sind diese Typen im Staatsdienst, sie sind sogar dabei, wenn Frau Merkel in Hohenschönhausen einen Kranz niederlegt. Es gibt nun im Nachhinein kein Strafgesetz mehr gegen diese neuen Beamten. Aber es ist wie im Tollhaus...

*Bernhard Plochanski*

Wegen der Asymmetrie der Aufklärung der nationalsozialistischen und kommunistischen Verbrechen sollten sich die ehemaligen internierten Kameraden und Kameradinnen um Einsicht in ihre NKWD-Akten bemühen, um die Fehler aufzuklären, die ihre Akten enthalten. Dass dieser Weg mühsam sein kann, will ich nicht verschweigen. Ich habe mich an folgende Personen und Dienststellen der Russischen Föderation gewandt: Botschaftsrat Iwan A. Karpakow, an die Botschaft von Russland in Berlin, und an die Hauptstaatsanwaltschaft.

Weder Herr Karpakow noch die russischen Dienststellen antworteten auf meine Eingabe. Nur der Weg über das Auswärtige Amt der Bundesrepublik war erfolgreich. Nur durch unsere Mitarbeit können wir Aussagen wie die folgende kor-

rigieren: „Ich finde es vollkommen unangemessen und menschlich nicht verständlich, dass man im Angesicht der Opfer des KZ Sachsenhausen gleichzeitig auch der Opfer des sowjetischen Lagers gedenkt, unter denen sich, so sagen es uns die Historiker – eben auch viele Nazi-Größen und ehemalige Lager Aufseher befanden.“ Das Zitat ist aus einem Brief des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg Günter Baaske vom 7. Juni 2006. Für mich ist die Aussage von Herrn Baaske unglaubwürdig, da er erstens die Namen der entsprechenden Historiker nicht nennt und zweitens es keine Listen der „Nazi-Größen und ehemaligen Lager-Aufseher“ gibt, die interniert waren. Bei den mehreren tausend Gefangenen, mit denen ich in den Lagern von Fünfeichen,

Brest-Litowsk und Bautzen zusammentraf, gab es nur eine „Nazi-Größe“. Im Außenlager von Bautzen war 1947 der stellvertretende Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“ interniert. Ich war davon überzeugt, dass dieser Mithäftling keine Funktion als Redakteur hatte, sondern nur ein Lockvogel der NKWD war, um Mithäftlinge zu identifizieren, die noch Sympathien für den Nationalsozialismus hatten. Meine Zweifel beruhten darauf, dass die Redaktion der Zeitung in München war. Warum war der Mann dann in Bautzen interniert. Wenn es eine solche „Nazi-Größe“ war, warum war er dann nicht verurteilt, sondern interniert? Ich habe die Gesellschaft dieses Mithäftlings immer gemieden und nie ein Wort mit ihm gewechselt.

*Prof. Dr. Udo Ehling*

## Gedenkstein in Apolda

Aufmerksam gemacht durch den Artikel „Gedenksteine“ in der FG Nr. 572, übersende ich euch Fotos aus meiner Heimatstadt Apolda, gleichfalls ein Gedenkstein für unsere Opfer des stalinistischen Terrors errichtet wurde. Der Gedenkstein hat seit 11. Oktober 1997 seinen Platz vor dem Amtsgericht in Apolda — von 1945 bis 1947 Sitz und Folterstätte des sowjetischen Geheimdienstes und Ort vieler menschenverachtender Justizverbrechen.

Der Stein sowie die Bronze-Gedenktafel wurden durch großzügige Unterstützung des Landrates des Weimarer Landes, des Bürgermeisters der Stadt Apolda, der CDU-Fraktion des Stadtrates, ungenannter Sponsoren sowie der überlebenden Kameraden finanziert.

In jedem Jahr zum Volkstrauertag wird aller Opfer der stalinistischen Gewaltherrschaft in ehrendem Gedenken mit einer Niederlegung eines Blumengebindes gedacht.

*Manfred Will (Text und Foto)*



**Auf dem Gedenkstein in Apolda sind die Namen der nach 1945 infolge des stalinistischen Terrors zu Tode gekommenen Opfer aufgeführt.**

## Sturm auf die Diktaturen

*Die Massenaktionen im Jahr 89*

Die Sommermonate des Jahres 1989 waren durch entscheidende, weltweit sich auswirkende Ereignisse geprägt. Nach der blutigen Niederschlagung der Studentenrevolution in China forderte im Juni Margot Honecker, dass vor allem die Jugend der DDR *mit der Waffe in der Hand* zur Verteidigung des Sozialismus bereit sein müsse. Gatte Erich Honecker wird bei einem Moskau-Besuch im Juni von KPdSU-Chef Gorbatschow zur Einleitung von Reformen aufgefordert. Honecker reagiert ablehnend. Parallel dazu beginnt Ungarn mit dem Abbau der Grenzanlagen. Mehr als die Hälfte der Warnanlagen verschwinden innerhalb von vier Wochen. Seitens der DDR-Bürger setzt ein Run auf die geöffnete Mauer ein. Ostdeutsche, die man vor ihrer Flucht an der Grenze aufgreift, werden nun nicht mehr inhaftiert. In der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Berlin-Ost befinden sich im August rund 130 DDR-Bürger, die ihre Ausreise in den Westen erreichen wollen. Aus Platzmangel und wegen unzureichender Versorgungsmöglichkeiten, vor allem jedoch aus Furcht vor einem weiteren Ansturm fluchtwilliger DDR-Bürger, lässt die Bundesregierung die Vertretung am 8. August 1989 bis auf weiteres schließen.

*T. H.*

## Skandal oder Normalität – Stasi wieder „an der Front“?

Etwa 100 ehemalige Stasi-Offiziere sind im Landeskriminalamt Brandenburg tätig. Allein neun von ihnen im Bereich Staatsschutz. 13 von ihnen sind bis zum Dezernatsleiter-Posten aufgestiegen und haben somit Verantwortung in oftmals hoch sensiblen Aufgaben, beispielsweise bei der Überwachung und Bekämpfung terroristischer Aktivitäten. Besonders makaber: Zwei ehemalige MfS-Leute bewachen, wie es heißt, den Wohnbereich der Bundeskanzlerin. Die Landesregierung Brandenburg sieht sich offenbar nicht in der Lage, hier noch etwas zu verändern.

*B. Thonn*

# Todesurteil als Antwort auf die falsche Hoffnung auf Freiheit

*Über ein Buch, das mehr als nur eine Dokumentation und eine Sammlung von Schicksalen ist*

Im nächsten Jahr werden es 65 Jahre, dass der Zweite Weltkrieg sein Ende fand. Mit diesem Ende, so sehr es sich in Trümmern und Tragödien abspielen sollte, verbanden viele Menschen die Hoffnung auf Freiheit, Frieden und persönliches Glück. Und zwar nicht nur Menschen in den von Deutschland überfallenen Ländern, sondern auch die Deutschen selbst.

Doch es sind bereits die letzten

sie wurden in die berüchtigten Schweigelager gesteckt, wo sie durch Unterernährung oder mangelnde hygienische Bedingungen ums Leben kamen.

Daneben gab es die Todesurteile. Menschen wurden in die Gefängnis-Anstalten der Sowjets geholt, dort wurden ihnen Vorhaltungen gemacht und man verurteilte sie zum Tode. Ihr Weg führte nach Moskau, wo die Todesurteile voll-

Harder. Beide Autorinnen haben umfassend recherchiert. Sie haben sowohl in den Akten des MfS und jenem Material, das sich von russischer Seite einsehen ließ, geforscht, und sie sind zu zahlreichen Gesprächen mit den Hinterbliebenen unterwegs gewesen. Eine Zahl von fast 350 in Fußnoten dokumentierten Quellenangaben belegen Fleiß und Mühe, die in dieses Werk von 212 Seiten eingeflossen sind. Dabei ist es nicht nur die Darstellung der Fakten, die dem Band „Abgeholt und verschwunden“ seinen Wert verleiht. Es ist vor allem die Art der Schilderung, die flüssig und ohne Schnörkel, auch ohne Pathos, dennoch mit Verständnis und Mitgefühl für die Befragten, dieses Buch prägt. Durch Fotos und Dokumentationen wird für den Leser die Vorstellung von den Menschen plastischer, gelingt es zudem, sich besser in das damalige Zeitmilieu zu versetzen. Geschildert werden Schicksale von Menschen, die sich nach dem Krieg mit der Herrschaft der Sowjets nicht abfinden können. Manche nehmen Kontakt zu den „Agentenzentralen“ in West-Berlin auf, andere leisten auf bescheidene, meist ideelle Weise Widerstand, weil sie vom Freiheitswillen geprägt sind. Die Lebensläufe derer, mit denen sich Frau Ahrberg und Frau Harder befassen, enden sämtlich bei den sowjetischen Behörden, und zwar mit Todesurteilen.



**Die Hinterbliebenen vor dem Gedenkstein für die Opfer in Moskau**

Monate des Krieges, die die Menschen lehrten, dass diese Hoffnung zum Irrtum wurde. Mit dem Vorrücken der sowjetischen Truppen rückten auch die Gerüchte um Grausamkeiten und Vergeltungen vor. Mit der Besetzung des nun zum Osten Deutschlands gewordenen Territoriums durch die Sowjets stellte sich nach Kriegsende zwar Frieden ein, doch es war nicht der Frieden, den sich die Menschen gewünscht hatten, und von der erhofften Freiheit war im Angesicht des entstehenden kommunistischen Systems schon gar nichts zu spüren. Zu spüren war vielmehr der eisige Atem Stalins, der sich in einem als gerecht getarnten Rachefeldzug in Verschleppungen, Verhaftungen und Todesurteilen äußerte. Tausende verschwanden, ihre Schicksale sind bis heute unaufgeklärt. Sie wurden abgeholt und blieben verschollen, ihre Angehörigen bekamen keine Nachricht über den Verbleib, denn

streckt wurden. Auch hier sind die Zahlen nicht bestätigt, gibt es in zahlreichen Einzelfällen immer noch Klärungsbedarf. Und dort, wo aufgrund der Akten inzwischen Aufklärung gegeben werden kann, bleiben Lücken und Fragen, auf die wir keine Antworten mehr finden werden.

Dennoch ist es nicht aussichtslos und nicht umsonst, sich um die Aufklärung zu bemühen. Dies beweist eine Sammlung von Schicksalen, die in einer neuen Folge der Schriftenreihe, die der Landesbeauftragte für die Unterlagen des MfS von Sachsen-Anhalt herausgibt, dokumentiert sind.

Zusammengestellt wurde diese äußerst sorgsam erarbeitete Dokumentation von Edda Ahrberg, vormals selbst Landesbeauftragte in eben diesem Bundesland, und der langjährig für die in Magdeburg ansässigen Opferverbände BSV und VOS ehrenamtlich tätigen Dorothea

---

Edda Ahrberg, Dorothea Harder:

## **Abgeholt und verschwunden (1)**

Von sowjetischen Militärtribunalen Verurteilte aus Sachsen-Anhalt und ihre Angehörigen

Schutzgebühr: 5 Euro

---

Doch damit erschöpft sich die Betrachtung der Autorinnen nicht. Sie haben die Gespräche mit den Hinterbliebenen gesucht. Sie haben sich deren eigenen Werdegang erzählen lassen und die Geschichte der Ehefrauen und Eltern jener zum Tode Verurteilten. Und dies gibt ebenso schmerzliche Erfahrungen preis, wie es die Todesurteile selbst gewesen sind. Mit Vertröstungen und Hinhaltungen, aber auch mit Lügen werden jene abgespeist, die längst schon Witwen sind, ohne dass ihnen dies mitgeteilt wurde. ☞ S. 23

Sowohl die Behörden der Sowjets wie auch die in der DDR hüllen sich in Schweigen. Manche der Frauen versuchen es direkt bei Präsident Wilhelm Pieck. Nein, nichts verlautet über die Verschollenen. Die Täter sind letztlich zu feige, ihre Schandtaten zuzugeben. So dauert es mitunter sechs bis acht Jahre, ehe sich die Witwen dazu entschließen, den Ehemann für tot erklären zu lassen. Einige finden Ende der 1950er Jahre wieder einen neuen Mann; aber oft sind schon Kinder da, die in die neuen Eheverhältnisse integriert werden müssen, die dennoch die Frage nach dem leiblichen Vater stellen.

In einem ausgewählten Fall haben sich die Autorinnen die Mühe gemacht, den Lebenslauf des Sohnes eines Hingerichteten zu erzählen. Hier zeigt sich, wie tief der Phantomschmerz sitzt, der aus den Erzählungen und Gefühlen der Mutter bereits auf das Kleinkind übertragen wird, wie sich daraus eine Biografie gestaltet, die von Angst und Anpassung geprägt ist und die den hinterbliebenen Sohn immer wieder in Situationen führt, in denen er sich staatlicher Bevormundung und eigenem Verzagen ausgesetzt sieht. Man kann sicher davon ausgehen, dass es den Autorinnen gelungen ist, mit den Befragungen auch das Leid dieser Menschen etwas zu lindern. Bei etlichen von ihnen, das belegen die weiteren Ergebnisse, konnten die Witwen der Hingerichteten die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mehr erleben. Somit hatten sie keine Möglichkeit, die unter der Jelzin-Ära eröffneten Rehabilitierungs-Maßnahmen in Anspruch zu nehmen. Manche starben vor Gram, auch wegen der Ungewissheit. Das Engagement der Autorinnen hat nicht zuletzt auch bewirkt, dass sich hier eine gewisse Gemeinschaft geformt hat, die nach Moskau reiste, um am Gedenkstein zu verweilen. Sie gedachten dort ihrer Angehörigen, die auf tragische, aber doch ehrbare Weise ihr Leben verloren.

*Valerie Bosse*

## **Ronald Lässig – ein Kurzporträt**

Von verschiedenen Kameraden wurde die Bitte geäußert, einige Angaben über unseren Pressesprecher Ronald Lässig zu veröffentlichen. Dem kommt die Fg hiermit nach: Ronald Lässig, geb. 23.05.1973 verfügt über folgende Studienabschlüsse: Master of politics and communication. Sein beruflicher Werdegang führte ihn über renommierte Stationen: Bis 2002: Chefsprecher des MDR, bis 2004: Wort-/Filmschichtleiter und Reporter SWR-Fernsehen Mainz, 2004: SPD-Wahlkampfmanager Leipzig für Landtagswahl 2004, bis 2007 Redakteur mit besonderen Aufgaben Deutsche Welle TV Berlin, bis 2008 Aufbaustudium London School of Economics Seitdem: Redakteur NDR-Fernsehen Hamburg.

## **Kameradinnen und Kameraden helfen der VOS durch ihre Spende**

*Auch in den Sommermonaten unterstützen viele Mitglieder den Verband*

Joachim Bergter, Christel Zimmermann, Heinz Merker, Erika Lüdtko, Renate Steinke, Geschwister Hohn, Geschwister Gensich, Wigand Dannemann, Horst Radtke, Dr. Martin Hoffmann, Ingeborg Tasler, Herta Lahne, Dr. Günter Brendel, Bernhard Plocharski, Sabine und Gerhard Bohne, Marianne und Günter Jesche, Roland Steinbach, Jürgen Laue, Wilfried Seifert, Christa und Klaus-Ludwig Goos, Gerhard Thomas, Herbert Köhler, Johannes Wagner, Dorothea und Eberhard Pohl, Gerd Ahnert, Walter Jürss, Betty und Hans-Jürgen Mewes, Günter Schrader, Horst Schaller, Eckhard Mensebach, Jürgen Stahf, Rudi Ernst, Wilhelm Sperling, Gisela und Benno Kny, Lothar Ech, Elisabeth und Dieter Müller, Robert Kneib, Herbert Söllner, Bernd Schnabelrauch, Rainer Buchwald, Horst Menzel, Heinz-Jürgen Klein, Bruno Kunisch, Elfrun und Hans Schwan, Arno Bertmann, Christine und Roland Ermer, Dr. Peter Lapp, Karl-Heinz Porzig, Maria und Kurt Pickel, Peter Leuteritz, Rosemarie und Horst Badock, Jens Gußmann, Fritz Schaarschmidt, Dr. Hans-Georg Steinhagen, Helmut Stelling, Reinhard Schwarz, Ursula und Kurt Vahle, Wolfgang Lehmann, Gertrud Neuendorf, Dr. Otto Grieben, Harald Ruschin, Olaf Arndt, Viktor Roubal, Angelika Nalbach,

*Allen hier Aufgeführten im Namen des Bundesvorstandes und des Redakteurs ein herzliches Dankeschön. Jeder Beitrag hilft der VOS ein Stück weiter.*

## **Linke verlieren wieder Abgeordneten**

☐ Die Partei die Linke verliert wieder einen Abgeordneten. Diesmal ist es das Mitglied des sächsischen Landtages Ronald Weckesser. Der ausscheidende Abgeordnete gibt als Grund für die gekündigte Mitgliedschaft das Auftreten Oskar Lafontaines an.

Als Fürsprecher für die Linke offenbarte sich hingegen Schriftsteller Kaminer, der im Forum bei Maybrit Illner sozusagen als Lafontaines Sekundant auftrat. Allerdings gab der aus Russland stammende Autor keine gute Figur ab. Ganz davon abgesehen, dass man sich als seriöser Schriftsteller zwar politisch positionieren, sich aber niemals an eine Partei binden sollte.

### **Wir trauern um**

**Heinz Paul  
Siegfried Heiland  
Herbert Dorow  
Gerhard Jank  
Dr. med. Heinz Nöhrcke  
Henri Hering  
Bernd Rudolph**

**Bezirksgruppe Bonn  
Bezirksgruppe Reichenbach  
Bezirksgruppe Stuttgart  
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe  
Bezirksgruppe Ulm  
Bezirksgruppe Reichenbach  
Bezirksgruppe Sondershausen**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

# 19. Buchenwald-Treffen der Initiativ-Gruppe Buchenwald 1945 – 1950 e. V.

Veranstaltungen am 19. September 2009

Gemeinsam mit dem Häftlingsbeirat für das Speziallager und der Gedenkstätte Buchenwald veranstaltet die Initiativ-Gruppe Buchenwald 1945 bis 1950 e.V. auch in diesem Jahr wieder ein Treffen für die ehemaligen Häftlinge und deren Angehörige. Dies ist das 19. Buchenwald-Treffen. Es findet

## am 19. September

statt. Erinnert werden soll an des Speziallager Buchenwald, das die Sowjets nur wenige Wochen nach der Befreiung der Häftlinge des Konzentrationslagers durch die US-Armee eingerichtet haben. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen soll das Gedenken an die Toten aller Speziallager, insbesondere aber der von Buchenwald sowie aller Opfer des Kommunismus stehen. Auch die Aufarbeitung der Geschichte der Nachkriegszeit wird fortgesetzt.

Außerdem soll darauf hingewiesen werden, dass trotz des Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR weiterhin die Opfer der kommunistischen Diktatur schlechter gestellt sind als die Träger und Handlanger dieser Diktatur, die zudem heute wieder politisch aktiv sind und auch im Öffentlichen Dienst wieder an verantwortlichen Stellen arbeiten dürfen. (Info/Text: Heidrun Bauer/Fg)

### Program m (Stand 20. Juli 2009)

**9.30 Uhr** Abfahrt eines Busses ab Bahnhof Weimar nach Buchenwald

**10.00 Uhr** Festansprache auf dem Appellplatz

**11.00 Uhr** Andacht mit ökumenischem Gottesdienst auf dem Gedenkplatz

**11.30 bis 13.00 Uhr** Besuch der Ausstellung und Mittagspause

**13.00 Uhr** Grußworte der Ehrengäste.

Eingeladen wurden

**Dagmar Schipanski**, Präsidentin des Landtags von Thüringen (Zusage liegt vor)

**Bernhard Müller**, Minister für Kultus und Kultur von Thüringen (Zusage liegt vor)

**Stefan Wolf**, Oberbürgermeister von Weimar (angefragt)

**Hildigund Neubert**, Landesbeauftragte für die Unterlagen des ehemaligen MfS (Zusage liegt vor)

**Anja Tillmann**, Bundestagsabgeordnete (Zusage liegt vor)

**Dr. Peter Krause**, Landtagsabgeordneter (Zusage liegt vor)

**14.30 Uhr** Vorträge und Diskussionen

**Dr. Müller**, Rehabilitation

**Dr. Plato**, Konrad-Adenauer-Stiftung

**16.30 Uhr** Schlusswort

## Kunst im GULag – eine Vernissage

In der Akademie Wissenschaftliche Weiterbildung in 09569 Oederan findet auf Initiative von Dr. Martin Hoffmann am

**16. August 2009 um 18.00 Uhr**

**Die Eröffnung der Ausstellung Kunst im GULag**

statt. Die Ausstellung zeigt Werke (Zeichnungen, Aquarelle), welche die extremen Lebens- und Arbeitsbedingungen im GULag-KZ bezeugen. Der hier dargebotene Blick in die Vergangenheit der kommunistischen Konzentrationslager soll auch der Erinnerung dienen.

## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

**Bundesgeschäftsstelle der VOS**

Stresemannstr. 90, 10 963 Berlin

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax : 030 - 2655 23 82**

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

**Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:**

**Telefon/Fax: 030 - 2546 26 38**

Montag und Donnerstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch von 10.00 bis 17.00 Uhr

**Redaktion und Satz:** Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

[redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de) Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen), Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

**Beiträge:**

- |  |         |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr                          | 2,60 €  |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke |         |
| - alte Bundesländer                        | 45,00 € |
| - neue Bundesländer                        | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner            | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke       | 24,00 € |

**Internetseiten der VOS und Links unter**

[www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe [vos-ev.de](http://vos-ev.de)

Die nächste Ausgabe (683) erscheint im September 2009.

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 681/2: 03. August 2009